
Vorsitz: Polen**ERWEITERTE SITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1357. Plenarsitzung)**

1. Datum: Dienstag, 22. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.05 Uhr

Schluss: 18.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE LAGE IN UND UM DIE UKRAINE, EINSCHLIESSLICH DER JÜNGSTEN NICHTERHALTUNG VON OSZE-VERPFLICHTUNGEN**

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Polen (Anhang 3), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Georgien und der Ukraine) (Anhang 4), Österreich (Anhang 5), Frankreich (Anhang 6), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 7), Kanada (Anhang 8), Vereinigtes Königreich (Anhang 9), Deutschland (Anhang 10), Georgien (PC.DEL/264/22 OSCE+), Litauen (Anhang 11), Schweden (Anhang 12), Nordmazedonien (Anhang 13), Moldau (Anhang 14), Liechtenstein (PC.DEL/241/22 OSCE+), Island (Anhang 15), Schweiz (Anhang 16), Kroatien (Anhang 17), Albanien (Anhang 18), Slowenien (Anhang 19), Rumänien (Anhang 20), Bulgarien (Anhang 21), Montenegro (Anhang 22), Finnland (Anhang 23), Lettland (Anhang 24), Estland (Anhang 25), Italien (Anhang 26), Tschechische Republik (Anhang 27), Norwegen (Anhang 28), Ungarn (Anhang 29), Malta (Anhang 30), Zypern (Anhang 31), Dänemark (Anhang 32), Türkei (Anhang 33), Belgien (Anhang 34), Luxemburg (Anhang 35), Heiliger Stuhl (PC.DEL/251/22 OSCE+), Niederlande (Anhang 36), Irland (Anhang 37), Griechenland (Anhang 38), Portugal (Anhang 39), Slowakei (Anhang 40),

Spanien (Anhang 41), Generalsekretärin (SEC.GAL/33/22 OSCE+),
Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/7/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Gänzliche Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine und die daraus resultierenden Entwicklungen: Russische Föderation (Anhang 42),
Deutschland (auch im Namen Frankreichs) (Anhang 43), Belarus (Anhang 44),
Ukraine, Kanada

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 3. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

auf der gestrigen Sondersitzung des Ständigen Rates haben wir bereits unsere Überlegungen zur Vorbereitung der Tagesordnung des Ständigen Rates durch den Vorsitz dargelegt.

Ich wiederhole: Gemäß Absatz IV.1(C)3 der Geschäftsordnung der OSZE werden die Tagesordnungsentwürfe für Sitzungen des Ständigen Rates vom Vorsitz vorbereitet und im Voraus ausgegeben, wobei die von den Teilnehmerstaaten geäußerten Standpunkte berücksichtigt werden.

Aus diesem Grund kann die russische Seite erneut den Wortlaut des ersten Tagesordnungspunkts der heutigen Sitzung nicht gutheißen: Er gibt ganz offensichtlich nicht das gesamte Meinungsspektrum in der OSZE wieder. Daher erachtet es die Russische Föderation als unmöglich, sich zu diesem Punkt zu äußern, und hat daher eine eigene aktuelle Frage unterbreitet.

Ich möchte erneut den polnischen Vorsitz mit allem Nachdruck auffordern, sich strikt an den Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 (Rolle des amtierenden Vorsitzes der OSZE) und den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates der OSZE (OSZE-Erklärungen und die Information der Öffentlichkeit) über die Rolle des OSZE-Vorsitzes zu halten.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER UKRAINE

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen zur Einberufung dieser Sitzung.

Die Lage ist äußerst labil und verlangt unsere höchste Aufmerksamkeit.

Der Krieg ist nicht vor den Toren Europas.

Er ist bereits da.

Und zwar seit 2008, seit dem Angriff Russlands auf Georgien.

2014 hat er seine Fratze gezeigt.

Und nun offenbart er sich mit noch stärkerer Wucht.

Mit der Anerkennung der so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“, die im Wesentlichen für die russische Besatzungsverwaltung in den besetzten Teilen des Donbass stehen, hat die russische Seite erneut eklatant gegen die grundlegenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts, die Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki verstoßen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen weiter verletzt.

Die Entscheidung des Kremls ist ganz offensichtlich null und nichtig; sie hat aus völkerrechtlicher Sicht keinerlei Rechtswirkung. Die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk, die seit 2014 von der Russischen Föderation besetzt sind, sind und bleiben untrennbarer Bestandteil des souveränen Hoheitsgebiets der Ukraine.

Die Entscheidung der Behörden in Moskau bildet den Höhepunkt eines Szenarios, das sich in den letzten Tagen aufgebaut hat und ganz klar auf die Vorbereitungen einer militärischen Eskalation hindeutet.

Vor dem Hintergrund dieses niederträchtigen Vorgehens des Kremls greift die Ukraine derzeit auf das gesamte Arsenal an Instrumenten zurück, um eine Ausweitung des bewaffneten Konflikts abzuwenden.

Erst vor ein paar Stunden ging die auf Ersuchen der Ukraine abgehaltene Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Ende.

Die ukrainische Führung kontaktiert weiterhin Amtskolleginnen und -kollegen auf der ganzen Welt. Die Unterstützung, die die Ukraine von Freunden, Verbündeten und Partnern erfährt, ist beispiellos. Dafür sind wir sehr dankbar.

In der Beurteilung der Entscheidung des russischen Präsidenten sind wir mit einer großen, weltweiten Mehrheit einig.

Unsere gemeinsamen Prinzipien, Normen und Werte stehen auf dem Spiel. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die gemeinsame Sicherheit.

Hat sich Russland denn nicht im Rahmen der OSZE dazu verpflichtet, die souveräne Gleichheit der Teilnehmerstaaten zu achten? Das Rechts eines jeden Staates auf territoriale Integrität, auf Entscheidungsfreiheit und politische Unabhängigkeit zu achten?

Und wie oft hat Russland der ganzen Welt immer wieder versichert, keinerlei Absicht zu haben, in der Ukraine einzumarschieren? Noch vor etwas weniger als einer Woche haben wir diese Beteuerungen gehört.

Die so genannte „Anerkennung“ kann praktisch als Russlands einseitiger Rückzug von den Minsker Vereinbarungen und als Missachtung der im Normandie-Format getroffenen Entscheidungen gewertet werden.

Dieser Schritt untergräbt die jahrelangen Bemühungen der Ukraine und ihrer Partner um eine Beilegung des Konflikts auf politisch-diplomatischem Weg.

Mit dem Versuch, den bereits seit 2014 anwesenden russischen Besatzungstruppen auf ukrainischem Boden Legalität zu verleihen, ist die Lage vor Ort eskaliert.

Uns allen ist klar, was die offizielle Entsendung russischer Truppen in die besetzten Gebiete zur angeblichen „Wahrung des Friedens“ bedeutet: nämlich Krieg. Es ist nichts anderes als eine neue Phase der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine.

Der gewohnte gezielte Artilleriebeschuss entlang der Kontaktlinie geht weiter. Erst gestern wurden zwei ukrainische Soldaten getötet und 12 verwundet.

Und nun können wir die Bewegung der regulären russischen Streitkräfte auf die Kontaktlinie zu beobachten.

Wie der Präsident der Ukraine gestern sagte, „kann ein Land, das acht Jahre lang den Krieg unterstützte, nicht, wie es behauptet, den Frieden unterstützen“.

Aber was immer auch die Ziele Russlands sein mögen, es wird ihm nicht gelingen, die eigene Beteiligung als Partei im bewaffneten Konflikt im Donbass zu verschleiern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Ukraine bekennt sich nach wie vor zu einer politisch-diplomatischen Beilegung des bewaffneten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.

Wir sind der jüngsten Entscheidung Russlands mit kühlem Kopf begegnet.

Wir sind bereit, uns auf einen diplomatischen Prozess einzulassen, sollte Russland beschließen, seine Entscheidungen zu widerrufen.

Alle möglichen Optionen für den Dialog sind bereits auf dem Tisch. Es liegt an Russland, sich dafür zu entscheiden.

Es wurde um Einberufung eines Krisengipfels im Normandie-Format ersucht.

Wir haben ferner die Garanten der Sicherheit der Ukraine um unverzügliche Beratungen auf der Grundlage des Budapester Memorandums ersucht. Auch Russland hat dieses Dokument unterzeichnet.

Und die uneingeschränkte Arbeit der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) vor Ort wäre ein weiteres Instrument zur Deeskalation. In diesem Zusammenhang ersuche ich die Teilnehmerstaaten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die SMM über ausreichende Ressourcen verfügt.

Zweifellos stellen Diplomatie und Dialog nach wie vor den zuverlässigsten Weg dar, um aus dieser Krise herauszufinden, und die OSZE ist die wichtigste Plattform dafür.

Es ist aber auch an der Zeit für einen offenen und freimütigen Diskurs.

Europa ist in einer neuen, tragischen Realität angekommen. Die gestrige Entscheidung war ein Wendepunkt.

Nicht wir haben diese Entscheidung getroffen, sondern Russland. Die heutige Realität ist über die Jahre hindurch entstanden; sie begann mit dem Angriff gegen Georgien 2008 und wurde dann mit einer bewaffneten Aggression gegen die Ukraine seit 2014 fortgesetzt. Und ich befürchte, das ist noch nicht das Ende der Geschichte.

Seien wir ehrlich: die Absichten und Pläne des Kremls wurden von der internationalen Gemeinschaft unterschätzt. Und nun sind die Masken gefallen. Jetzt ist klar, was Russland im Schilde führt.

Gestern sprach Präsident Putin in seiner stundenlangen Rede ganz offen von neuen Gebietsansprüchen und stellte dabei das Existenzrecht der Ukraine in Abrede.

In Wirklichkeit bedeutet das weitere hybride und bewaffnete Angriffe, weitere destabilisierende Aktionen und Gewaltandrohungen, mehr Beschuss und Provokationen an der Kontaktlinie. Mit den entsprechenden Folgen für unsere gemeinsame Sicherheit.

Und ja, die Straflosigkeit macht Appetit auf mehr.

Die gestrige Rede – ein Gemisch aus Geschichtsklitterung, manipulativen Argumenten und Propaganda – hat klar gezeigt, dass die Interessen des russischen Präsidenten weit über den Status quo von 1997 hinausgehen. Diese Absichten sollten wir alle klar erkennen.

Der fehlende politische Wille im Kreml, das Recht eines Volkes zu achten, frei über seine Zukunft zu entscheiden, ist weiterhin das größte Hindernis für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Europa.

Aber es hängt von unserer Einigkeit und unserer Entschlossenheit zu handeln ab, wie lange diese Sicherheitskrise dauern und welche Auswirkungen sie auf Europa und die ganze Welt haben wird. Das weitere Vorgehen Russlands hängt ganz und gar von der Reaktion der Welt und davon, mit welcher Einhelligkeit wir Maßnahmen ergreifen werden, ab.

Abschließend fordern wir die Russische Föderation auf, ihre Entscheidungen zu widerrufen, ihre Truppen auf nachvollziehbare und transparente Weise aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine und von deren Grenzen abzuziehen, sowie sich als Konfliktpartei konstruktiv an einem diplomatischen Dialog zu beteiligen und ihre Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen, damit der Friede, die Achtung des Völkerrechts und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wiederhergestellt werden können.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION POLENS

Exzellenzen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich Botschafter Hałaciński für die Einberufung dieser wichtigen und aktuellen Sitzung danken. Inmitten intensiver, seit Wochen und Monaten andauernder diplomatischer Bemühungen um eine friedliche Beilegung der Spannungen und Konflikte bringen uns die gestern bekannt gegebenen Entscheidungen noch weiter an den Rand eines Krieges mit unvorhersehbaren Folgen.

Der polnische OSZE-Vorsitz verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung der Russischen Föderation, bestimmte Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Lugansk als unabhängige Einheiten anzuerkennen.

Diese Entscheidung, einschließlich der daraus folgenden Entsendung russischer Streitkräfte auf ukrainisches Hoheitsgebiet, ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sowie gegen die OSZE-Verpflichtungen, die Russland eingegangen und zu deren Einhaltung es verpflichtet ist.

Sie stellt eine eklatante Verletzung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine dar. Das rechtswidrige Vorgehen Russlands erfolgt in einer ohnehin schon eskalierenden und instabilen Sicherheitslage.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit hervorheben, dass wir unsere Solidarität und volle Unterstützung für die Ukraine, ihre territoriale Unversehrtheit und Souveränität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bezeugen.

Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Entscheidung von Präsident Putin ist eine Zurückweisung der Verpflichtungen Russlands aus den Minsker Vereinbarungen. Sie untergräbt alle Bemühungen der OSZE um eine Beilegung des Konflikts in der und um die Ukraine, insbesondere im Rahmen der bestehenden Verhandlungsformate, unter der Federführung der Trilateralen Kontaktgruppe.

Der jüngste Schritt Russlands läuft der Initiative des polnischen Vorsitzes zur Aufnahme eines Dialogs über Sicherheitsfragen zuwider, die von der überwiegenden Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten stark befürwortet wurde.

Angesichts der Entscheidung Russlands und der zunehmenden Eskalation der Spannungen in der und um die Ukraine machen wir uns große Sorgen über den Schutz und die Sicherheit des Personals der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM).

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass die Anwesenheit der SMM vor Ort heute wichtiger ist denn je – als unparteiische, glaubwürdige Informationsquelle, die unvoreingenommen Bericht erstattet, zur Deeskalation beitragen kann und der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung, deren Wohlergehen eine unserer zentralen Prioritäten ist, beisteht.

Im Namen des polnischen Vorsitzes möchte ich unterstreichen, dass es keine Alternative zur Diplomatie gibt. Wir sollten unsere diplomatischen Bemühungen darauf konzentrieren, Streitigkeiten friedlich beizulegen, die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen und weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Wir fordern Russland eindringlich auf, die Situation zu deeskalieren, seine Streitkräfte, die entlang und innerhalb der ukrainischen Grenzen und stationiert sind, abzuziehen und von jedweden weiteren militärischen Aktionen abzusehen.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an den Vertreter der Europäischen Union, der folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, wir danken Ihnen für die rasche Einberufung dieser Sitzung, die zu diesem für den Frieden und die Sicherheit in Europa kritischen Zeitpunkt dringend notwendig ist.

Die EU verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung von Präsident Putin, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk als unabhängig anzuerkennen, und die daraus folgende Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden. Durch diesen rechtswidrigen Akt wird die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine weiter untergraben, und er stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und internationale Übereinkünfte dar, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum.

Als Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen hat Russland die klare und direkte Verantwortung, auf eine friedliche Beilegung des Konflikts im Einklang mit diesen Grundsätzen hinarbeiten. Mit der Entscheidung, die nicht von der Regierung kontrollierten Regionen der Ostukraine als „unabhängige Entitäten“ anzuerkennen, verstößt Russland eindeutig gegen die Minsker Vereinbarungen, in denen die vollständige Rückkehr dieser Gebiete unter die Kontrolle der ukrainischen Regierung vorgesehen ist.

Russland hält sich damit nicht an seine Zusage, im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe an einer friedlichen Beilegung dieses Konflikts zu arbeiten, eine Zusage, die es bei zahlreichen Gelegenheiten, auch noch vor Kurzem, bekräftigt hat. Außerdem verstößt es gegen die Resolution 2202 des VN-Sicherheitsrates, laut der die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt werden müssen.

Wir fordern Russland als Konfliktpartei nachdrücklich auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, seine Zusagen einzuhalten, das Völkerrecht zu achten und zu den Beratungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zurückzukehren. Wir appellieren an die übrigen Staaten, der rechtswidrigen Entscheidung Russlands, diese proklamierte Unabhängigkeit anzuerkennen, nicht zu folgen.

Die EU wird in Abstimmung mit ihren Partnern so schnell wie möglich auf diese jüngsten Verstöße reagieren, und zwar mit zusätzlichen restriktiven Maßnahmen auch in Bezug auf sämtliche Wirtschaftsbeziehungen zu den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten sowie mit der Benennung von Personen und Organisationen, die für die Untergrabung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine verantwortlich sind.

Wir warnen Russland davor, die neu unterzeichneten Pakte mit den selbsternannten „Republiken“ als Vorwand für weitere militärische Schritte gegen die Ukraine heranzuziehen. Die EU ist bereit, rasch weitreichendere politische und wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen.

Die EU bekräftigt ihre unverbrüchliche Unterstützung und ihr entschlossenes Eintreten für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Die EU bestätigt erneut ihr Bekenntnis zum Ausbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro^{Error! Bookmark not defined.} und Albanien^{Error! Bookmark not defined.} und das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island sowie die Ukraine und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
geschätzte Damen und Herren,

Österreich schließt sich vollumfänglich der Stellungnahme der Europäischen Union an.

Erlauben Sie mir darüber hinaus einige Bemerkungen in meiner nationalen Eigenschaft als Außenminister Österreichs.

Gestern haben wir an dieser Stelle klargestellt, dass wir an einer Weggabelung der Geschichte Europas stehen.

Die Russische Föderation hat sich – trotz zahlreicher Warnungen – ganz bewusst für den falschen Weg entschieden.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk stellt eine eklatante und inakzeptable Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine dar.

Wir lehnen das zutiefst ab.

Mit diesem einseitigen und völkerrechtswidrigen Schritt hat Russland die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ostukraine zu Grabe getragen.

Wir stehen heute – mehr denn je – solidarisch an der Seite der Ukraine.

Und ich zolle der ukrainischen Regierung meinen tief empfundenen Respekt für ihre umsichtige und besonnene Haltung in dieser dramatischen Lage.

Wenn rote Linien überschritten werden, dann kann und dann wird die internationale Gemeinschaft weder schweigen, noch tatenlos zusehen.

Als EU werden wir geschlossen und geeint darauf reagieren.

Und auch für Österreich als neutraler Staat – ich würde sogar sagen ganz besonders als neutraler Staat – gilt: Hier kann es keine politische Neutralität geben. Hier müssen und werden wir klar Stellung beziehen.

Denn für uns ist klar, dass die Herrschaft des Rechts über dem Recht des Stärkeren stehen muss.

Es geht nicht an, dass einseitig die Spielregeln auf unserem Kontinent geändert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der sich überschlagenden Ereignisse in der Ostukraine und angesichts der massiven Desinformationskampagne, die wir sehen, ist es wichtiger denn je, Augen und Ohren vor Ort zu haben.

Diese „Antennen“ der internationalen Gemeinschaft sind die Beobachterinnen und Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Ich hoffe, dass wir unmissverständliche Zusicherung erhalten werden, dass unsere Beobachterinnen und Beobachter weder bedroht noch weiter in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.

Österreichs Engagement bei dieser Mission ist ungebrochen. Wir werden unser Personal nicht nur vor Ort belassen, sondern stehen bei Bedarf selbstverständlich bereit, auch weitere Beobachterinnen und Beobachter für die OSZE zur Verfügung zu stellen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir werden in diesen schweren Stunden nichts unversucht lassen, um die Lage in der Ostukraine zu entschärfen.

Denn eines ist klar: Am Ende der gegenwärtigen Abwärtsspirale würden nur Verlierer stehen.

Das gilt allen voran für die Menschen in der Ukraine, aber letztendlich auch für uns alle.

Deshalb fordere ich dringend Russland auf, innezuhalten und zur Weggabelung zurückzukehren.

Der „point of no return“ ist noch nicht erreicht.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass noch nicht das letzte Wort der Diplomatie gesprochen wurde.

Wir haben einen gemeinsamen Instrumentenkasten im Rahmen der OSZE. Setzen wir ihn auch ein!

Wir müssen der Diplomatie jenen Raum geben, den sie benötigt, um den Konflikt friedlich und nachhaltig zu lösen.

An meinem grundsätzlichen Befund hat sich nichts geändert.

Es kann in Europa keine bleibende Stabilität und Sicherheit gegen Russland, sondern nur mit Russland geben.

Umgekehrt kann es aber auch für Russland keine bleibende Stabilität und Sicherheit gegen, sondern nur mit Europa geben.

Ich unterstütze deshalb ausdrücklich Initiativen meines Kollegen, des polnischen Außenministers und amtierenden Vorsitzenden Zbigniew Rau, der Troika, und unserer Generalsekretärin Helga Schmid, die OSZE in den Mittelpunkt unserer diplomatischen Anstrengungen zu stellen.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche Sie, diese Stellungnahme dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank!

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union im Namen ihrer Mitgliedstaaten an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Erklärung abgeben:

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Frankreich dankt dem amtierenden polnischen Vorsitz für die im Hinblick auf den Ernst der Lage unverzügliche Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates und begrüßt Minister Kuleba, den wir erneut unserer uneingeschränkten Solidarität versichern möchten. Wir danken auch der Generalsekretärin der OSZE, die sich unermüdlich darum bemüht, eine Lösung für die derzeitige Krise zu finden. Nun geht es darum, die Handlungsfähigkeit der OSZE zu bewahren und zu stärken.

Frankreich verurteilt die Ankündigung Russlands, die separatistischen Regionen in der Ostukraine einseitig anzuerkennen. Diese inakzeptable Entscheidung steht im Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen, die Russland schließlich mitunterzeichnet hat. Sie stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dar, deren Bedeutung für die Lösung des Konflikts in der Ostukraine gerade gestern noch in diesem Gremium von Russland hervorgehoben wurde. Vor nur vier Tagen erzielten wir auch einen Konsens zu diesem Thema im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Diese Entscheidung ist auch ein eindeutiger Verstoß gegen die in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verankerten grundlegenden OSZE-Prinzipien, auf denen die Stabilität in Europa beruht. Und schließlich widerspricht sie dem Bekenntnis Russlands zu einer diplomatischen Lösung der Krise, das in den letzten Tagen auf höchster Ebene bestätigt wurde.

Eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts in der Ostukraine muss auf der uneingeschränkten Achtung der Grundsätze der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität beruhen, die durch völkerrechtliche Normen, die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris anerkannt sind. Russland wählt einen anderen Weg, indem

es diese Grundsätze in Frage stellt und auf Konfrontationskurs geht – ungeachtet der unablässigen Bemühungen um Deeskalation der letzten Wochen und Tage, insbesondere seitens des Präsidenten der Französischen Republik, Emmanuel Macron, gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz.

Wir werden diese Bemühungen fortsetzen und fordern Russland unter Bezugnahme auf seine Behauptung, für den Dialog zu sein, auf, seine Worte und Taten in Einklang zu bringen und seine Entscheidung, die separatistischen Gebiete von Donezk und Luhansk anzuerkennen, zu überdenken.

Angesichts der großen Spannungen an den Grenzen der Ukraine, hervorgerufen durch die verstärkten russischen Militäraktivitäten, sind wir besorgt über diese neue Phase der Destabilisierung seitens Russlands und die dadurch entstehende Sicherheitsbedrohung für die Ukraine und Europa. In einer Zeit größter Besorgnis aufgrund der in den letzten Tagen zunehmenden Verstöße gegen die Waffenruhe entlang der Kontaktlinie verurteilen wir den Einsatz von schweren Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete, die klare Verstöße gegen die Minsker Vereinbarungen darstellen.

Wir fordern Russland auf, dringend zur Deeskalation beizutragen, indem es einen erheblichen Teil der nahe der ukrainischen Grenzen stationierten Streitkräfte abzieht und die gestern in die separatistischen Gebiete entsandten Truppen, die keinesfalls als Friedenstruppen bezeichnet werden können, vollständig und sofortig abzieht. Die Entsendung dieser Truppen ist ein weiterer eklatanter Verstoß gegen die territoriale Unversehrtheit der Ukraine, den Frankreich aufs Schärfste verurteilt. Ich fordere alle Teilnehmerstaaten der OSZE auf, sich uns anzuschließen und das Vorgehen Russlands zu verurteilen.

Wir fordern Russland auf, von jedweden weiteren destabilisierenden Aktionen abzusehen, einschließlich solcher, die die Sicherheit der Zivilbevölkerung gefährden, und

- unverzüglich seine Entscheidungen von gestern Abend zu widerrufen und sich erneut an die Minsker Vereinbarungen zu halten, wie zuletzt von den politischen Beraterinnen und Beratern der Staaten des Normandie-Formats vereinbart;
- seine Truppen aus den an die Ukraine angrenzenden russischen und belarussischen Regionen abziehen und sicherzustellen, dass seine Streitkräfte die international anerkannten Grenzen der Ukraine nicht überschreiten;
- sich erneut zur regelbasierten Sicherheitsarchitektur in Europa zu bekennen, die über Jahrzehnte von den 57 Teilnehmerstaaten der OSZE, darunter Russland, aufgebaut wurde, und
- an der Initiative des polnischen Vorsitzes für einen offenen und ausführlichen Dialog über unsere gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa teilzunehmen.

Gleichzeitig erwarten wir von Russland, dass es an den Verhandlungstisch sowohl des Normandie-Formats als auch der Trilateralen Kontaktgruppe zurückkehrt.

Wir fordern Russland ferner auf, die Sicherheit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine und ihren Zugang zu den nicht von der Regierung kontrollierten

Gebieten zu gewährleisten. Russland ist nun direkt dafür verantwortlich. Die Mission ist die einzige unabhängige internationale Präsenz vor Ort, und alle Seiten sind auf ihre Berichte mehr denn je angewiesen.

Die Europäische Union bereitet – mit der vollen Unterstützung Frankreichs – die Verabschiedung von Sanktionen gegen diejenigen vor, die an der rechtswidrigen Entscheidung über die Anerkennung der separatistischen Einheiten beteiligt waren, begleitet von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wir sind bereit, diese Maßnahmen in den nächsten Tagen zu verstärken, sollte dies notwendig werden.

Abschließend möchte Frankreich der Ukraine Anerkennung für die Zurückhaltung aussprechen, die diese seit vielen Monaten und sogar unter den derzeitigen schwierigen Umständen an den Tag legt. Wir möchten unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem Volk und der Regierung der Ukraine zum Ausdruck bringen.

Herr Vorsitzender, Herr Minister Kuleba, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie versichert, dass sich Frankreich auch in Zukunft unermüdlich für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einsetzen wird.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Danke, Herr Vorsitzender.

Die Vereinigten Staaten verurteilen auf das Allerschärfste die gestrige Ankündigung von Präsident Putin, dass Russland die sogenannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ als – ich zitiere – „unabhängig“ – Zitatende anerkennt.

Diese Entscheidung läuft auf eine vollständige Zurückweisung der Verpflichtungen Russlands aus den Minsker Vereinbarungen hinaus, widerspricht direkt der Behauptung Russlands, sich zur Diplomatie zu bekennen, und ist ein eindeutiger Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sowie auf die Charta der Vereinten Nationen.

Russland hat ferner angekündigt, dass nun russische Truppen in diesen Regionen der Ukraine einmarschieren würden. Moskau bezeichnet diese Truppen als „Friedenstruppen“, aber wir alle wissen, dass das eine Lüge ist.

Machen wir uns nichts vor: Das gestrige Vorgehen ist der Beginn der jüngsten Invasion Russlands in der Ukraine. Es ist absolut unproviziert und ungerechtfertigt. Wie versprochen, wird Russland dafür einen hohen Preis zu zahlen haben, über den sich die Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten und Partnern abstimmen werden.

Gestern äußerte der russische Botschafter Lukashevich in diesem Gremium heftige Kritik an der Ukraine wegen all ihrer angeblichen Versäumnisse in Bezug auf die Schritte, die nach den Minsker Vereinbarungen zu setzen sind.

Ich erinnere den Ständigen Rat und den Botschafter daran, dass Russland nie auch nur eine einzige seiner Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllt hat. Russland hat sich nicht für eine Waffenruhe ausgesprochen. Russland hat seine schweren Waffen nicht aus den Pufferzonen abgezogen. Russland hat den Beobachterinnen und Beobachtern der Sonderbeobachtermission in der Ukraine nicht ungehinderten Zugang gewährt.

Kaum waren die Minsker Vereinbarungen unterzeichnet, begann Moskau, so zu tun, als hätte es nie russische Kanonen, Artilleriesysteme oder Flugabwehrraketen auf

ukrainischem Boden gegeben. Sie haben versucht, die Welt zu blenden und glauben zu machen, alles sei lediglich ein Trugbild und Russland nie Partei in diesem Konflikt gewesen.

Nun hat Russland der Welt mit einer erneuten Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität sowie der international anerkannten Grenzen der Ukraine seine wahren Absichten offenbart.

Eine dunkle und gefährliche Ära liegt vor uns. In den letzten drei Jahrzehnten hat Russland immer wieder versichert, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu wahren. Die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki und das Budapester Memorandum verlangen eigentlich genau das. Die gestrige Entscheidung Russlands ist ein eklatanter Verstoß gegen die Normen und Grundsätze des Völkerrechts und gegen internationale Abkommen, zu deren Vertragsstaaten Russland seit Langem zählt.

Die Geschichte zeigt uns, dass wir energisch und geschlossen gegen einen derart dreisten Versuch, die regelbasierte internationale Ordnung aus den Angeln zu heben, auftreten müssen.

Präsident Putin behauptete gestern, Russland habe berechtigten Anspruch auf alle Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches, wie es vor mehr als 100 Jahren bestand. Wir können dies nicht als nationalistische Hyperbel abtun. Er spricht damit über viele der hier an diesem Tisch vertretenen Teilnehmerstaaten.

Die Russische Föderation möchte offensichtlich die Welt in ein imperiales Zeitalter zurückversetzen, in der Waffen und Stahl die internationale Ordnung bestimmten – und nicht Bürger in Ausübung ihrer demokratischen Rechte, frei über ihre eigene Regierung, ihre Bündnisse und ihre Zukunft zu entscheiden.

Das ist eine Bedrohung nicht nur für die Sicherheit Europas, sondern für die Sicherheit der Menschen auf der ganzen Welt.

Wie bereits seit Beginn dieser Krise erklärt, werden die Vereinigten Staaten rasch und entschlossen auf dieses Vorgehen und auf jede weitere Aggression Russlands gegenüber der Ukraine reagieren. Diese Reaktion ist bereits im Gange.

Gestern unterzeichnete Präsident Biden einen Exekutiverlass, der jedwede neue Investitions-, Handels- und Finanzierungstätigkeit durch US-Bürger mit den, ausgehend von und in den ukrainischen Regionen, die als „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ bezeichnet werden, verbietet.

In den nächsten Stunden werden die Vereinigten Staaten weitere erhebliche Sanktionen und andere Maßnahmen ankündigen, die hohe Kosten und gravierende Konsequenzen für die Russische Föderation nach sich ziehen werden. Wir erwarten, dass auch unsere Verbündeten und Partner zusätzliche koordinierte Schritte als Reaktion auf die unprovokierte und inakzeptable Aggression gegen die Ukraine unternehmen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Präsident Putin stellt unser internationales System auf die Probe, und er prüft unsere Entschlossenheit. Er möchte beweisen, dass er durch Gewalt bewirken kann, dass die internationale Ordnung zu einer Farce verkommt.

In diesem Moment kann keiner, kann niemand von uns, abseits stehen und tatenlos zusehen. Wir müssen mit vereinten Kräften für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine eintreten, ja eigentlich für das Recht aller souveränen Staaten, über ihren eigenen Weg – frei von der Androhung von Zwang, Subversion oder Invasion – zu entscheiden.

Die Vereinigten Staaten sind weiterhin davon überzeugt, dass für verantwortungsbewusste Staaten – für Großmächte – der Weg der Diplomatie der einzig richtige Weg ist, um ihre legitimen Auffassungsunterschiede beizulegen. Dieser Weg steht Russland noch immer offen. Er steht uns allen noch offen. Aber wir können nur in Verbindung mit Deeskalation, nicht Invasion, Fortschritte erzielen. Mit Frieden, nicht Krieg.

Danke, Herr Vorsitzender.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

Herr Vorsitzender,

wie gestern Abend Premierminister Trudeau erklärt hat, verurteilt Kanada Russlands Anerkennung der so genannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten aufs Schärfste. Sie ist eine weitere eklatante Verletzung der Souveränität der Ukraine und des Völkerrechts.

Premierminister Trudeau hat auch ganz klar festgestellt, dass Kanada die Entscheidung Russlands, Truppen in die Ukraine zu entsenden, zurückweist und verurteilt.

Diese Entscheidungen stellen einen eindeutigen Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen und die Charta der Vereinten Nationen dar und gefährden die Sicherheit und Stabilität der Region.

Gemeinsam mit seinen Partnern ist Kanada bereit, auf diese Aktionen entschlossen zu reagieren und wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen.

Herr Vorsitzender,

seit Beginn des militärischen Aufmarsches Russlands hat Kanada immer wieder seine Besorgnis geäußert, Russlands wahre Absicht könnte eine weitere Invasion in der Ukraine sein. Wir haben Russland zur Deeskalation und zur Fortsetzung des diplomatischen Wegs aufgefordert. Wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Russland hat unsere Besorgnisse zurückgewiesen, sich jedoch bedauerlicherweise heute für militärisches Vorgehen statt Diplomatie, für Aggression statt Frieden, entschieden. Entgegen all seinen Behauptungen ist Russland kein Friedensstifter.

Kanada hat mit vielen anderen die Flut russischer Desinformation als Teil eines breit angelegten Versuchs, ein falsches Narrativ zu etablieren, das Russland den Vorwand für einen Krieg liefert, angeprangert. Und wir haben Russland vor den schwerwiegenden Folgen und Kosten gewarnt, mit denen es als Reaktion auf seine weiteren Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine konfrontiert sein würde.

Stattdessen hat Russland entschieden, die Unabhängigkeit dieser separatistischen Regionen der Ukraine anzuerkennen.

Diese rechtswidrige Anerkennung durch Präsident Putin beweist wieder einmal, dass Russland nie an die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geglaubt hat, auch wenn es immer wieder das Gegenteil behauptete. Russland wird für all das Leid und all die Zerstörung, die diese Entscheidungen verursachen, zur Verantwortung gezogen werden.

Russland kann sich noch immer für Deeskalation und Diplomatie entscheiden, das Zeitfenster dafür wird sich jedoch rasch schließen. Kanada wird weiterhin mit seinen Verbündeten und Partnern – darunter die OSZE, die G7, die Europäische Union, die NATO und die Vereinten Nationen – zusammenarbeiten, um auf Russlands Abtrünnigkeit zu reagieren.

Kanada ist sich auch der tiefgreifenden Auswirkungen der Vorgehensweise Russlands auf die OSZE bewusst. Wir unterstützen weiterhin nachdrücklich die Sonderbeobachtermission in der Ukraine und danken den Beobachterinnen und Beobachtern für ihre aktuelle und überaus wichtige Berichterstattung.

Herr Außenminister Kuleba, Kanada wird auch in Zukunft an seiner Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität und Selbstbestimmung der Ukraine unbeirrt festhalten. Die Ukraine hat das Recht, unversehrt, frei und sicher zu sein. Und jede Ukrainerin, jeder Ukrainer verdient das Recht auf Würde und Frieden. Kanada hält zur Ukraine.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Danke, Herr Vorsitzender, dass Sie uns zu diesem schwierigen Zeitpunkt einberufen haben.

Gestern anerkannte Wladimir Putin die so genannte „Volksrepublik Donezk“ und die „Volksrepublik Luhansk“ als unabhängige Staaten. Von einem Tag auf den anderen erklärte er, er würde erneut russische Truppen in diese Gebiete entsenden – in Gebiete, die souveränes Hoheitsgebiet der Ukraine sind.

Das wäre eine Verletzung der Verpflichtungen Russlands aus den Minsker Vereinbarungen. Es verletzt die Charta der Vereinten Nationen. Und es wäre ein Verstoß gegen Kernprinzipien, auf denen die OSZE gründet: die souveräne Gleichheit, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Achtung der territorialen Integrität und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten.

Herr Vorsitzender, wir verurteilen das Vorgehen Russlands. Russland muss alle seine Truppen unverzüglich aus der Ukraine abziehen. Sie haben keinerlei Veranlassung, dort zu sein.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) hat keine ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten durch die Ukraine gemeldet. Russlands Behauptungen über eine Bedrohung des Donbass durch die Ukraine sind eine Erfindung, ein offensichtlicher Vorwand für seine eigenen aggressiven Handlungen.

In jeder Phase hat die Ukraine versucht, Spannungen abzubauen, während Russland auf das Ersuchen um Transparenz damit reagiert hat, Treffen zu boykottieren, anderen Hysterie vorzuwerfen und Desinformation zu verbreiten. Auf Schritt und Tritt hat Russland gelogen, verschleiert und verzögert.

Die Ukraine hat den Weg der Diplomatie im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe fortgesetzt. Sie hat der SMM die Durchführung ihrer Arbeit erleichtert, im Gegensatz zu Russlands Marionetten, die systematisch versuchen, die Bewegungsfreiheit der Mission einzuschränken. Die Ukraine hat den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog begrüßt. Und die Ukraine hat das Wiener Dokument zu dem Zweck

genutzt, für das es entwickelt wurde – um sich um Transparenz zu bemühen und Spannungen abzubauen.

Russland hingegen hat die diplomatischen Bemühungen der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des Normandie-Formats in den letzten acht Jahren sowie die des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der SMM zurückgewiesen. Bei unserem letzten Zusammenkommen in diesem OSZE-Gremium sagte Russland, es würde sich nicht am vorgeschlagenen erneuerten europäischen Sicherheitsdialog beteiligen. Sie haben jedes Treffen boykottiert, um das die Ukraine gemäß Kapitel III des Wiener Dokuments ersucht hat. Wie absurd ist es doch, dass Russland die größten militärischen Manöver seit dem Ende des kalten Krieges vorbereitet und dann behauptet, das Wiener Dokument sei nicht anwendbar.

Wir fordern Russland erneut auf, seinen Verpflichtungen in dieser Organisation nachzukommen, sich ernsthaft am erneuerten europäischen Sicherheitsdialog zu beteiligen und auf die Gesprächsangebote im NATO-Russland-Rat und dem Strategischen Stabilitätsdialog zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zu antworten.

Es ist nicht das erste Mal, dass Russland im Donbass einmarschiert. Jeder sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Invasion auf eine Militärintervention 2014 und eine acht Jahre lange, kaum verhohlene russische Kontrolle über diese Gebiete folgt. Sie folgt auf die russische Invasion in Georgien im Jahr 2008, die illegale Annexion der Krim und die Agitation im Donbass 2014, die langjährige russische Präsenz in Moldau und die destabilisierenden Aktivitäten Russlands quer durch Europa. Wir müssen in unserer Reaktion absolute Entschlossenheit an den Tag legen.

Nur wenn wir unseren Worten wirkliche Taten folgen lassen, können wir sicherstellen, dass kein anderes souveränes Land mit der Situation konfrontiert wird, in der sich die Ukraine heute befindet. Dies liegt nun in unser aller Verantwortung.

Aus diesem Grund vertritt das Vereinigte Königreich in enger Abstimmung mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika die Ansicht, dass Russland einen hohen Preis zahlen muss. Das Vereinigte Königreich wird heute im Lauf des Tages weitere harte Sanktionen ankündigen. Sie sind ein erster Schritt, und weitere Sanktionen werden folgen, sollte sich Russland nicht zurückziehen. Ich fordere unsere Partner hier an diesem Tisch dringend auf, ähnliche Schritte zu setzen.

Und wir müssen wachsam bleiben. Russland stationiert weiterhin Truppen rund um die Ukraine – es ist der größte Aufmarsch in Europa seit dem Kalten Krieg mit 150 000 bis 200 000 Mann, und wir konnten beobachten, wie eine Reihe von Vorkommnissen inszeniert wurden, die keinerlei Prüfung standhalten, um den Einsatz von Gewalt gegen einen anderen Teilnehmerstaat zu rechtfertigen. Wir fordern Russland erneut auf, diesen Aufmarsch rückgängig zu machen.

Herr Vorsitzender, ich möchte abschließend Außenminister Kuleba versichern, dass wir unerschütterlich an unser Unterstützung für die Ukraine festhalten. Wir zollen den Ukrainerinnen und Ukrainern unsere Anerkennung für ihre Zurückhaltung an der Kontrolllinie angesichts der Provokationen und der Aggression Russlands. Wir werden weiterhin wirtschaftliche und politische Unterstützung sowie Unterstützung für die Verteidigung zur

Verfügung stellen. Und wir werden dem ukrainischen Volk beistehen. Ich fordere die anderen Teilnehmerstaaten auf, es uns gleichzutun. Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen. Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1357
22 February 2022
Annex 10

Original: GERMAN

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
liebe Kolleginnen und Kollegen

zunächst einmal gilt unser Dank dem polnischen Vorsitz, der diese Dringlichkeits-sitzung so kurzfristig anberaumt hat. Wir danken auch der OSZE-Generalsekretärin, die sich ebenso unermüdlich für eine Lösung der aktuellen Krise einsetzt. Es geht jetzt darum, die Handlungsfähigkeit der OSZE zu bewahren und zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur einen Tag nach unserer letzten Sitzung tritt dieser Ständige Rat erneut zusammen, um die Lage in und um die Ukraine zu erörtern. Wir haben diese Krise in den vergangenen acht Jahren in Hunderten von Sitzungen erörtert. Bis gestern waren wir uns einig, dass die Minsker Vereinbarungen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seiner Resolution 2202 (2015) einstimmig gebilligt hat, die Grundlage für die Lösung dieses Konfliktes sind. Auch die Russische Föderation hat immer wieder und zuletzt gestern betont, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden müssen. Vor nur vier Tagen hatten wir dazu auch einen Konsens im VN Sicherheitsrat.

Seit gestern Abend werden wir von Russland mit der entgegengesetzten Haltung konfrontiert: Präsident Putins Entscheidung, die separatistischen, selbst ernannten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine anzuerkennen, ist nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen die VN-Resolution 2202 und die Minsker Vereinbarungen, sondern auch gegen unsere in der UN-Charta verankerten Grundprinzipien und die grundlegenden OSZE-Dokumente wie die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris.

Nun hat Präsident Putin zusätzlich entschieden, russische Soldaten in die sogenannten Volksrepubliken zu entsenden. Nach der illegalen Annexion der Krim und dem Anheizen des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine seit 2014 sind dies zwei weitere eklatante und vorsätzliche Verletzungen der territorialen Integrität der Ukraine. Russland hat wiederholt betont, dass es nicht an dem Konflikt beteiligt sei. Mit den gestrigen Entscheidungen zeigt Russland überdeutlich, dass es schon immer Konfliktpartei war.

Deutschland verurteilt die Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine durch Russland auf das Schärfste. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern werden wir mit entschlossenen und angemessenen Maßnahmen auf die Verletzung des Völkerrechts durch Russland reagieren. Diese Aggression wird schwerwiegende wirtschaftliche, politische und geostrategische Folgen für Russland nach sich ziehen. Ich rufe alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, sich unserer Verurteilung des russischen Vorgehens anzuschließen.

Die gestrige Entscheidung Russlands folgt einer beispiellosen Aufstockung der russischen Streitkräfte an den Grenzen der Ukraine in den letzten Wochen und Monaten. In den letzten Tagen kam es auch zu einem Aufflackern der Gewalt entlang der Kontaktlinie und zu Aktionen, die einen Vorwand für einen russischen Angriff schaffen könnten. Russlands Bereitschaft, seine Truppen nun auch in der Ostukraine zu stationieren, erhöht das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung weiter.

Noch einmal: Die Verletzung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit von Staaten ist inakzeptabel und durch die VN-Charta verboten. Der derzeitige russische Truppenaufmarsch in und um die Ukraine ist nur als eine weitere Bedrohung der territorialen Integrität der Ukraine insgesamt zu verstehen.

Wir fordern Russland auf, seinen Verpflichtungen als OSZE-Teilnehmerstaat und Mitglied des VN-Sicherheitsrats nachzukommen und:

- die Beschlüsse unverzüglich zu widerrufen und sich wieder an die Minsker Vereinbarungen zu halten, wie es die politischen Berater der Normandie-Staaten zuletzt vereinbart hatten;
- sicherzustellen, dass seine Streitkräfte die international anerkannten Grenzen der Ukraine nicht überschreiten;
- seine Truppen unverzüglich aus den an die Ukraine angrenzenden Regionen in Russland und Belarus abzuziehen;
- sich erneut zur regelbasierten Sicherheitsarchitektur in Europa zu bekennen, die über Jahrzehnte von den 57 Teilnehmerstaaten der OSZE, einschließlich Russlands aufgebaut wurde;
- und die Initiative des polnischen Vorsitzes aufzugreifen, einen offen vertieften Dialog über unsere gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa zu beginnen.

Wir fordern Russland auf, auf den Weg der Diplomatie zurückzukehren, anstatt weiteres Blutvergießen zu provozieren. Wir sind weiterhin bereit, in den etablierten internationalen Foren mit Russland zu sprechen.

Wir fordern Russland auch auf, für die Sicherheit und den freien Zugang der OSZE-Sonderbeobachtermission in den nicht-regierungskontrollierten Gebieten zu sorgen. Russland hat dafür nun die unmittelbare Verantwortung. Die Mission ist die einzige unabhängige internationale Präsenz vor Ort und alle Seiten benötigen ihre Berichte mehr denn je.

Deutschland wird gemeinsam mit Frankreich keine diplomatischen Mühen scheuen und der Ukraine, ihrer territorialen Integrität und Souveränität sowie dem ukrainischen Volk fest zur Seite stehen.

Wir danken Ihnen.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,

Litauen schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Litauen verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung der Russischen Föderation, zwei Gebiete in den ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk, die von durch Russland bewaffneten, unterstützten und geführten Formationen gehalten werden, als unabhängig anzuerkennen.

Diese Entscheidung ist eine grobe Verletzung der Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verankert sind.

Nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 untergräbt Russland weiterhin die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine sowie seine eigenen nach dem Budapester Memorandum eingegangenen Verpflichtungen.

Durch die Anerkennung der beiden Gebiete in den ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk und durch die Entsendung von Truppen in das Hoheitsgebiet der Ukraine hat Russland die Minsker Vereinbarungen ausgehöhlt, die es mit unterzeichnet hatte und die den Prozess der Rückgabe der Kontrolle über die Gebiete an die ukrainische Regierung regeln.

Russlands Aggression gegen die Ukraine, die nun ins neunte Jahr ihres Bestehens geht, die gestrige Entscheidung sowie Russlands Missachtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau stellen eine Bedrohung nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur, sondern für den Frieden und die Sicherheit auf der ganzen Welt dar.

Unter Hinweis auf die Resolution 68/262 der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ fordern wir die Russische

Föderation erneut eindringlich auf, die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine zu achten.

Russland muss unverzüglich seine Aggression gegen die Ukraine einstellen, seine Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine und entlang ihrer Grenze sowie aus Belarus abziehen. Russland muss auch zur Diplomatie zurückkehren und echten politischen Willen zeigen, den russisch-ukrainischen Konflikt auf friedlichem Weg beizulegen, – unter vollständiger Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen.

Litauen stellt ferner fest, dass die jüngste Eskalation gezeigt hat, dass das Abschreckungsdispositiv der NATO als Reaktion auf die aggressiven Handlungen Russlands in der Region verstärkt werden muss.

Auf Russlands Aggression gegen die Ukraine, einschließlich der gestrigen Entscheidung, muss eine starke Reaktion seitens der internationalen Staatengemeinschaft folgen, darunter restriktive Maßnahmen, die zwischen der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Staaten abgestimmt werden und auf spezifische Wirtschaftssektoren der Russischen Föderation sowie auf verantwortliche natürliche und juristische Personen abzielen.

Litauen unterstützt nachdrücklich die freie Entscheidung des ukrainischen Volkes, sein Land auf der Grundlage der Werte westlicher Demokratien aufzubauen, sowie die europäischen und euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine.

Litauen wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Ukraine zu unterstützen, und gemeinsam mit seinen Verbündeten und Partnern der Ukraine mit jedweder erforderlichen Hilfestellung zur Seite stehen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SCHWEDENS

Danke, Herr Vorsitzender, dass Sie diese Sitzung in die Wege geleitet haben.

Zunächst möchte ich zum Ausdruck bringen, dass sich Schweden vollinhaltlich der von Generalsekretär Sannino vorgetragenen Erklärung der EU anschließt. Erlauben Sie mir, einige Bemerkungen als Vertreterin meines Landes hinzuzufügen.

Schweden verurteilt den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängige Einheiten anzuerkennen, aufs Schärfste.

Die Anerkennung verstößt eindeutig gegen die Verpflichtung Russlands aus den Minsker Vereinbarungen, nach der die vollständige Rückkehr dieser Gebiete unter die Kontrolle der ukrainischen Regierung vorgesehen ist. Sie stellt auch einen eindeutigen Verstoß gegen das Völkerrecht und eine weitere Etappe der Aggression Russlands gegen die Ukraine dar.

Durch die sogenannten Freundschaftsverträge mit den beiden Gebieten hat Russland die Grundlage für eine weitere rechtswidrige militärische Präsenz auf ukrainischem Hoheitsgebiet geschaffen. Das müssen wir mit allem Nachdruck verurteilen. Russische Streitkräfte im Donbass bedeuten nichts anderes als eine Invasion in einen souveränen Staat. Wir halten fest, dass diese Aktionen an ständige Völkerrechtsverletzungen durch Russland anschließen, darunter die rechtswidrige Annexion der Krim.

Sie sind ein eindeutiger Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien, die in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Dokument von Istanbul und der Gedenkklärung von Astana festgelegt sind und auf die wir uns alle verständigt haben. Diese Verpflichtungen und Prinzipien beruhen auf Völkerrecht, so auch auf der Charta der Vereinten Nationen.

Schweden fordert Russland nachdrücklich auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, seine Zusagen einzuhalten, das Völkerrecht zu achten, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und sich an den Beratungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zu beteiligen. Wir erinnern an die Verpflichtung aller Staaten, keinen sich aus

einer Aggression ergebenden Gebietserwerb oder besonderen Vorteil als rechtmäßig anzuerkennen und fordern die anderen Staaten auf, der rechtswidrigen Entscheidung Russlands nicht zu folgen.

Eine dauerhafte, friedliche Lösung, die mit diplomatischen Mitteln und im Einklang mit dem Völkerrecht und OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und unter Achtung der Menschenrechte angestrebt wird, ist der einzig gangbare Weg.

Schweden erklärt erneut seine unverbrüchliche Unterstützung und sein entschlossenes Eintreten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION NORDMAZEDONIENS

Herr Vorsitzender,

Nordmazedonien hat sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung angeschlossen; ich möchte jedoch als Vertreter meines Landes noch ein paar Worte hinzufügen.

Wir sind weiterhin zutiefst besorgt über die sich rasch verschlechternde Sicherheitslage in der und um die Ukraine.

Die gestrige Entscheidung Russlands, die beiden Gebiete Donezk und Luhansk anzuerkennen, ist eine Verletzung des Völkerrechts und widerspricht den Minsker Vereinbarungen, was die angespannte Sicherheitslage in dieser Region und darüber hinaus weiter verschärft.

Die Berichte über die Eskalation der Gewalt in der Ostukraine, die mit zunehmenden Verstößen gegen die Waffenruhe einhergeht, gibt Anlass zu weiterer Besorgnis und bringt insbesondere für die Bevölkerung vor Ort großes Leid.

Wir unterstützen weiterhin uneingeschränkt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Die Teilnehmerstaaten der OSZE haben sich zur territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine bekannt und wir alle müssen sie achten.

Wir sind davon überzeugt, dass Deeskalation mit friedlichen Mitteln der einzige Weg ist, der uns aus der derzeitigen Krise führt.

Dialog muss weiterhin das wichtigste Instrument für eine konstruktive Beteiligung aller betroffenen Parteien sein, und es sollte vielmehr auf diplomatische Gespräche gesetzt werden. Menschenleben sind ein zu hoher Preis, sollte sich die Lage weiter verschlimmern und eskalieren. Wir fordern dazu auf, bestehende Instrumente und Mittel zu nutzen, wie unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen, die vertrauensbildenden Maßnahmen sowie die bewährten Einrichtungen wie die Trilaterale Kontaktgruppe und die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), um einer Deeskalation näher zu kommen.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die Trilaterale Kontaktgruppe und die SMM weiterhin von entscheidender Bedeutung für die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind. Wir unterstützen die Einberufung einer Sondersitzung der Trilateralen Kontaktgruppe auf Vorschlag des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, um weitere diplomatische Erörterungen vorzubereiten und zu erleichtern. Das Mandat der SMM der OSZE sollte fortgesetzt werden, um eine unparteiische Berichterstattung zu gewährleisten; jegliche Einschränkungen diesbezüglich sind inakzeptabel. Ihre Bewegungsfreiheit sollte ohne Hindernisse sichergestellt werden und die SMM sollte die zentralen Aufgaben ihres Mandats erfüllen können.

Wir sind davon überzeugt, dass es keine Alternative zu Diplomatie und Verhandlungen gibt; dies ist der einzige Ausweg aus der Krise und er führt unmittelbar zur Deeskalation der Lage.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

Herr Vorsitzender,

wir danken dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser dringenden Sitzung in einer für die Sicherheit und Stabilität in Europa schwierigen Zeit.

Wir schließen uns zum Großteil den Aussagen an, die der Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes Stefano Sannino in der Erklärung im Namen der Europäischen Union getroffen hat.

Ich möchte auch noch Folgendes hinzufügen.

In den letzten paar Wochen haben wir intensiv über die Bedeutung der Bewahrung der Kernprinzipien unserer Organisation und über die Notwendigkeit eines verstärkten Sicherheitsdialogs beraten.

Trotz aller diplomatischen Bemühungen werden wir nun Zeugen eines Vorgehens, das sämtliche bisherigen Anstrengungen infrage stellt und die Unabhängigkeit und Souveränität eines OSZE-Teilnehmerstaats, der Ukraine, unverhohlen untergräbt.

Es ist dies ein sehr schwieriger Moment für unsere Region und für unsere Organisation.

Die Republik Moldau verurteilt aufs Schärfste die gestrige Entscheidung der russischen Regierung über die sogenannte „Anerkennung der Unabhängigkeit“ der separatistischen Einheiten von Donezk und Luhansk. Dies ist eine eindeutige und inakzeptable Verletzung der Normen und Prinzipien des Völkerrechts, der Schlussakte von Helsinki.

In der Zeit davor war die Ukraine einem enormen politisch-militärischen Druck ausgesetzt und es haben destabilisierende Aktionen in der Konfliktzone stattgefunden.

Bedauerlicherweise stellt die sogenannte Anerkennung sämtliche Aussichten auf eine politische und auf dem Verhandlungsweg erzielte Beilegung des Konflikts in der Donbass-

Region in der Ukraine infrage und wird tiefgreifende und dauerhafte negative Auswirkungen auf den gesamten Kontinent haben.

Besonders große Sorge bereitet uns die Tatsache, dass die russischen Streitkräfte nun offiziell in die nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine verlegt werden. Dadurch entsteht ein sehr hohes Risiko einer militärischen Konfrontation auf ukrainischem Boden. Vor diesem Hintergrund bekunden wir erneut unsere nachdrückliche Unterstützung für die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, deren Präsenz vor Ort nun wichtiger ist denn je.

Die Republik Moldau bekräftigt ihre entschlossene und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir schließen uns der Aufforderung an die russische Regierung an, die gestrige einseitige Entscheidung rückgängig zu machen und auf den Weg der Diplomatie, des Dialogs und der Zusammenarbeit zurückzukehren; er ist das einzige Instrument, um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu sichern.

Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft und Offenheit der Ukraine, weiterhin nach diplomatischen Lösungen in den bestehenden Formaten zu suchen.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1357
22 February 2022
Annex 15

GERMAN
Original: ENGLISH

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ISLANDS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

heute ist ein düsterer Tag für die OSZE, für unsere Region, für die Welt.

Island schließt sich den anderen Teilnehmerstaaten an und verurteilt Russlands Anerkennung der Unabhängigkeit von Donezk und Luhansk unter Androhung eines militärischen Einmarsches – einen Akt, der die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt, einen Akt der mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den grundlegenden Prinzipien der OSZE unvereinbar ist.

Russlands Entscheidung, unter dem Vorwand der Friedenssicherung Truppen in diese Gebiete zu verlegen, bedeutet eine weitere, äußerst besorgniserregende Zuspitzung der Ereignisse.

Island bekräftigt seine unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern Russland auf, seine Anerkennung von Donezk und Luhansk unverzüglich rückgängig zu machen und konkrete Schritte zur Deeskalation der Lage zu setzen, wie etwa durch den Rückzug seiner rund um die Ukraine massierten Streitkräfte.

Niemand will einen Krieg und das menschliche Leid, das er mit sich bringt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, meine Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Herr Vorsitzender,

die Schweiz dankt dem polnischen Vorsitz, dass er so rasch auf die jüngsten Entwicklungen reagiert und diese Sondersitzung des Ständigen Rates heute Nachmittag einberufen hat.

Die Lage ist äußerst besorgniserregend. Russlands Anerkennung bestimmter Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und der Minsker Vereinbarungen.

Die Entscheidung Moskaus verstößt auch gegen die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und die OSZE-Verpflichtungen.

Die Schweiz verurteilt diese Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch Russland. Die Schweiz erkennt die Unabhängigkeit dieser Gebiete, die weiterhin Teil des ukrainischen Hoheitsgebiets sind, nicht an.

Alle Teilnehmerstaaten, darunter auch die Russische Föderation, müssen die Souveränität und die territoriale Integrität anderer Teilnehmerstaaten uneingeschränkt achten. Die Schweiz fordert Russland mit allem Nachdruck auf, seine internationalen Verpflichtungen, so auch seine OSZE-Verpflichtungen, einzuhalten und seine Handlungen unverzüglich rückgängig zu machen.

Wie der Amtierende Vorsitzende, die Generalsekretärin und die Führungsspitze der Parlamentarischen Versammlung der OSZE betonten, wird die Entscheidung Moskaus die Spannungen weiter schüren und die in diesen Gebieten lebende Bevölkerung vom Rest ihres Landes, der Ukraine, abtrennen.

Darüber hinaus ist die Schweiz äußerst besorgt angesichts der Verlegung russischer Truppen in die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine. Wir verurteilen diesen Schritt ganz entschieden, da er nichts anderes bewirkt, als die vom Konflikt betroffenen Gebiete und die Ukraine insgesamt zusätzlich zu destabilisieren.

Vor diesem Hintergrund ist es äußerst wichtig, dass die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) ihr Mandat weiterhin ungehindert umsetzen kann. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die SMM.

Wir müssen unsere Streitigkeiten friedlich und nicht militärisch lösen. Dabei ist es wesentlich, dass wir alle verfügbaren Formate und Mechanismen ausschöpfen. Wir sind unverändert davon überzeugt, dass die OSZE das richtige Forum ist, um die Lösung von Konflikten im Dialog zu erörtern. Schließlich fordern wir die Russische Föderation eindringlich auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um diplomatische Lösungen zu finden.

Danke, Herr Vorsitzender.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KROATIENS

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Kroatien schließt sich der im Namen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an, der ich als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen möchte.

Wir verurteilen die einseitige Anerkennung der selbsternannten Regionen Donezk und Luhansk durch die Russische Föderation als Verstoß gegen das Völkerrecht und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sowie gegen die Minsker Vereinbarungen. Sie untergräbt alle unsere Bemühungen um eine Fortsetzung des Dialogs und eine diplomatische Lösung des Konflikts.

Gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Teilnehmerstaaten bekunden wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk und bekräftigen unsere anhaltende und grundsätzliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Die Sicherheit Europas beruht auf dem Völkerrecht und den Grundprinzipien und -verpflichtungen, die in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki der OSZE und allen anderen darauf folgenden OSZE-Chartas, -Dokumenten und -Beschlüssen enthalten sind. Sie sind für alle hier vertretenen Staaten verbindlich und müssen in vollem Umfang eingehalten werden.

Wir fordern Russland auf, die Anerkennung zurückzunehmen und diese Verpflichtungen zu erfüllen und zum Dialog und zu Gesprächen zurückzukehren, auch im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe und des Normandie-Formats, um eine friedliche Lösung des Konflikts sicherzustellen.

Bis dahin ersuchen wir Russland, insbesondere den persönlichen Schutz der Beobachter und Beobachterinnen der Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten und ihnen die ungehinderte Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen des vereinbarten Mandats zu ermöglichen.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ALBANIENS

Herr Vorsitzender,

wir danken dem polnischen Vorsitz für die kurzfristige Einberufung dieses Treffens in diesem Format. Kritische Situationen erfordern rasches und entschlossenes Handeln. Die europäische Sicherheitsarchitektur wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Die Souveränität und territoriale Integrität eines unserer Teilnehmerstaaten, der Ukraine, wurde durch einen anderen Teilnehmerstaat unserer Organisation, die Russische Föderation, noch weiter verletzt.

Albanien verurteilt auf das Allerschärfste die Entscheidung Russlands, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine, die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk, als unabhängig anzuerkennen.

Das ist ein Bruch des Völkerrechts, ein Affront gegen die Charta der Vereinten Nationen, eine weitere eklatante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, eine weitere Missachtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und ein schwerer Schlag für die Minsker Vereinbarungen.

Wir sind der Ansicht, dass dieser Akt der Russischen Föderation null und nichtig ist, keine Grundlage hat und keine völkerrechtliche Gültigkeit besitzt. Wir fordern die anderen OSZE-Teilnehmerstaaten und die internationale Gemeinschaft als Ganzes nachdrücklich auf, ihn zurückzuweisen und zu verurteilen.

Wir wiederholen unsere Forderung nach einem unverzüglichen Abzug der russischen Truppen von der ukrainischen Grenze und aus den besetzten Gebieten der Ukraine. Das gilt auch für die als „Friedenstruppen“ getarnten Truppen, die in Wirklichkeit schlicht und ergreifend Aggressoren sind. Albanien bekräftigt erneut seine entschlossene Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und ihrer Hoheitsgewässer.

Wir weisen mit aller Entschiedenheit jeglichen falschen Vorwand oder jeden Versuch zurück, die russische Aggression gegen die Ukraine mit der Intervention der NATO zur Beendigung des Völkermords an der Bevölkerung des Kosovo durch das brutale Regime von

Slobodan Milošević zu vergleichen. Und wir bedauern, dass Russland so locker mit dem Ausdruck „Völkermord“ umgeht und dadurch allen Menschen auf der Welt, die tatsächlich darunter zu leiden hatten, neuen Schmerz zufügt und sie beleidigt.

Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

das ist ein weiterer kritischer Moment für die Ukraine. Und es ist ein weiterer kritischer Zeitpunkt für die OSZE und ihre Zukunft. Dennoch wird unsere Organisation mehr denn je gebraucht und sollte sich weiterhin aktiv einbringen. Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine muss weiterhin die Möglichkeit haben, ihr Mandat in der gesamten Ukraine auszuführen.

Wir fordern Russland erneut auf, sich konstruktiv und nach Treu und Glauben einzubringen, indem es das gesamte Spektrum des OSZE-Instrumentariums zur Entschärfung der Spannungen nutzt und sich an das Völkerrecht und unsere gemeinsamen Verpflichtungen hält.

Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir der Ukraine weiterhin zur Seite stehen – in der OSZE, in der Europäischen Union, der NATO, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und allen anderen internationalen Foren –, um die europäische Sicherheitsarchitektur und die internationale Ordnung auf der Basis des Völkerrechts zu schützen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie dieses äußerst wichtige und besorgniserregende Thema auf die heutige Tagesordnung unserer erweiterten Sitzung des Ständigen Rates gesetzt haben.

Slowenien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an, gestatten Sie mir jedoch, einige Bemerkungen in meiner Eigenschaft als Vertreter meines Landes zu präzisieren.

Slowenien verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung von Präsident Putin, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängig anzuerkennen, sowie die Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden. Das sind feindselige Maßnahmen und eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht, darunter die Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie die Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen, die nicht ohne Folgen bleiben dürfen.

Wir fordern die anderen Teilnehmerstaaten auf, der rechtswidrigen Entscheidung Russlands, diese proklamierte Unabhängigkeit anzuerkennen, nicht zu folgen.

Wir fordern Russland dringend auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, seine Zusagen einzuhalten, das Völkerrecht zu achten und zu den Beratungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zurückzukehren.

Slowenien bekräftigt seine unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und würdigt die besonnene Führung der ukrainischen Regierung angesichts dieser Akte der Aggression, die ausschließlich und einseitig von Russland eskaliert wurden.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION RUMÄNIENS

Rumänien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zunächst danke ich dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung im Gefolge der schändlichen Vorfälle des gestrigen Tages. Rumänien verurteilt mit aller Entschiedenheit Russlands Anerkennung der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängig, sowie die Entscheidung, Truppen in diese Gebiete zu entsenden. Das ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und der in der Schlussakte von Helsinki verankerten Grundprinzipien unserer Organisation, auf die die internationale Staatengemeinschaft angemessen reagieren muss. Es ist ein Akt der Aggression gegen einen unabhängigen, souveränen Staat. Rumänien unterstützt nachdrücklich die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern Russland auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Aktion unverzüglich rückgängig zu machen, zu deeskalieren und von weiteren militärischen Schritten abzusehen und einen konstruktiven Dialog aufzunehmen. Wir fordern auch die anderen Teilnehmerstaaten dazu auf, diese selbst proklamierte Unabhängigkeit nicht anzuerkennen.

Die einseitige Entscheidung der Russischen Föderation ist ein klarer Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen. Sie ist auch eine Verletzung der Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch eines seiner ständigen Mitglieder. Als Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen hat Russland die klare und direkte Verantwortung, auf eine friedliche Beilegung des Konflikts im Einklang mit den Grundsätzen, zu denen es sich freiwillig bekannt hat, hinzuarbeiten. Ich möchte bekräftigen, dass Rumänien eine friedliche Lösung des Konflikts in der und um die Ukraine im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen nachdrücklich unterstützt. Die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist der einzig gangbare Weg, und der Dialog, auch innerhalb der OSZE, ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine sollte ihre wichtige Rolle durch Beobachtung und Berichterstattung über die Sicherheitslage vor Ort, auch in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk, weiterhin unbehindert und gemäß ihrem Mandat ausüben können. Unter den derzeitigen Umständen ist die Tätigkeit unserer

Beobachter und Beobachterinnen vor Ort dringend notwendig, und ihr Schutz und ihre Sicherheit müssen gewährleistet werden.

Wir haben immer wieder unsere Besorgnis über die beispiellose und bedrohliche massive Aufrüstung und Truppenbewegungen in der Nähe der Grenze zur Ukraine sowie über Russlands verstärkte Militärpräsenz in Belarus, im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer sowie auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim zum Ausdruck gebracht. Wir haben die drastische Zunahme der Verletzungen der Waffenruhe entlang der Kontaktlinie in der Ostukraine in den letzten Tagen, den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete aufs Schärfste verurteilt. Mit dem gestrigen einseitigen Vorgehen setzt Russland seinen Eskalationskurs fort und stellt durch sein inakzeptables Verhalten die internationale Ordnung in Frage.

Dieser grobe Verstoß gegen das Völkerrecht durch die Russische Föderation rechtfertigt neue, harte und weitreichende Sanktionen. Rumänien wird sich mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern abstimmen, um schnell und angemessen reagieren zu können.

Wir stehen in uneingeschränkter Solidarität zur Ukraine. Ich möchte der Ukraine meine Anerkennung zollen für ihre Zurückhaltung, die sie in den letzten Wochen angesichts der massiven militärischen Aufrüstung Russlands und der aktuellen Aggression an den Tag gelegt hat und die ihr festes Bekenntnis zum Dialog als Weg zur Deeskalation und Bewältigung der derzeitigen Lage zeigt. Rumänien bekräftigt sein Eintreten für die europäischen und euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BULGARIENS**

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Bulgarien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an und möchte einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Wir verurteilen die fortgesetzten aggressiven Handlungen und Drohungen Russlands gegen die Ukraine. Die Entscheidung des russischen Präsidenten, souveräne Teile der Ukraine – Donezk und Luhansk – als unabhängige Staaten anzuerkennen, verletzt auf eklatante Weise das Völkerrecht, internationale Übereinkommen sowie die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Mit diesem Schritt hat Russland die Minsker Vereinbarungen aufgekündigt und offiziell bestätigt, dass es eine Konfliktpartei ist.

Wir fordern Russland dringend auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, eine Deeskalation herbeizuführen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, sich an das Völkerrecht zu halten und über die etablierten internationalen Mechanismen einen konstruktiven Dialog aufzunehmen.

Die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist der einzige gangbare Weg. In den Minsker Vereinbarungen ist vorgesehen, dass die nicht unter der Kontrolle der Regierung stehenden Gebiete der Ostukraine vollständig in die Kontrolle der ukrainischen Regierung zurückkehren. Mit der Entscheidung, sie als unabhängige Staaten anzuerkennen, hält sich Russland somit nicht an seine Zusage, im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe an einer friedlichen Beilegung dieses Konflikts zu arbeiten.

Wir werden diese proklamierte Unabhängigkeit nicht anerkennen und bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir bekräftigen auch unsere Unterstützung für eine Beilegung des Konflikts mit diplomatischen Mitteln und unterstützen alle diesbezüglichen Bemühungen.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MONTENEGROS

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die umgehende Einberufung dieser erweiterten Sitzung des Ständigen Rates. Montenegro schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an.

Die Verschlechterung der Sicherheitslage in der und um die Ukraine ist äußerst besorgniserregend. Wir sind zutiefst besorgt über die massive militärische Aufrüstung der Russischen Föderation in der Nähe der Grenze zur Ukraine. Auch die Berichte über den wahllosen Artilleriebeschuss ziviler Infrastruktur und die Verletzungen der Waffenruhe an der Kontaktlinie in den letzten Tagen sind alarmierend. Wir verurteilen diese Aktionen. Gleichzeitig zollen wir der Ukraine unsere Anerkennung für die Zurückhaltung, die sie an den Tag legt.

Wir bedauern auch die Entscheidung Russlands, die selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anzuerkennen. Dieser Schritt trägt nicht zum Abbau der Spannungen bei. Vielmehr stellt er eine eindeutige Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine, der Minsker Vereinbarungen und des Völkerrechts dar. Er untergräbt auch die Bemühungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe um eine friedliche Lösung des Konflikts.

Herr Vorsitzender,

dauerhafter Friede kann nur auf diplomatischem Weg erreicht werden. Es gibt keine Alternative zu Dialog und Diplomatie. Wir betonen erneut, dass sich alle Seiten konstruktiv einbringen und die Minsker Vereinbarungen vollständig umsetzen müssen. Dies muss mit konkreten Schritten zur Deeskalation vor Ort einhergehen, in erster Linie mit der Rücknahme der militärischen Aufrüstung und dem Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt durch Russland.

Die alarmierenden Entwicklungen in der und um die Ukraine gefährden die europäische Sicherheitsarchitektur und stellen eine eindeutige und akute Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Europa und darüber hinaus dar. Um die Sicherheitslage in Europa zu verbessern, müssen wir das Völkerrecht achten und die zentralen OSZE-Werte und

-Verpflichtungen einhalten, zu denen wir uns alle bekannt haben. Wir alle müssen ein verantwortungsvolles Verhalten an den Tag legen und uns einhellig zu den vereinbarten Normen und Prinzipien bekennen, worauf wir dann zugunsten einer dauerhaften Sicherheit in Europa weiter aufbauen können. Die OSZE ist ein wertvolles Forum, in dem die Sicherheitsbesorgnisse aller Teilnehmerstaaten erörtert werden können. Als solches sollte sie umfassend genutzt werden, auch im Rahmen des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs, damit sie zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen kann.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die entschlossene Unterstützung Montenegros für die Souveränität, die Einheit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen bekräftigen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der heutigen Sitzung.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS**

Herr Vorsitzender,

Finnland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft einige Anmerkungen hinzufügen.

Ich danke Ihnen, Herr Botschafter, für Ihr rasches Handeln und die Einberufung der heutigen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates.

Finnland verurteilt aufs Schärfste Russlands einseitiges Vorgehen, das die territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine verletzt. Die Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängige Entitäten ist ein schwerer Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen. Finnland wird als Mitglied der Europäischen Union auf Russlands Handlungen reagieren.

Das einseitige Vorgehen Russlands verstößt gegen das Völkerrecht, darunter auch die Charta der Vereinten Nationen. Es steht auch im Widerspruch zu den gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen, zu denen sich Russland selbst bekannt hat, darunter die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris für ein neues Europa.

Finnland bekräftigt seine Unterstützung für eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine auf der Grundlage der Minsker Vereinbarungen, die eine friedliche, durch die OSZE vermittelte Beilegung des Konflikts fordern und bestätigen, dass die separatistischen Regionen Teil der souveränen Ukraine bleiben. Wir unterstützen diesbezüglich voll und ganz die Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe.

Eine Deeskalation der Lage ist unbedingt notwendig, um das Vertrauen in einen diplomatischen Lösungsansatz wiederherzustellen. Russland steht in der Verantwortung, sich um eine friedliche Lösung zu bemühen. Finnland fordert Russland auf, von militärischen Aktionen abzusehen.

Finnland unterstützt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Letzte Woche kündigte Finnland an, 4 Millionen Euro als zusätzliche Hilfe für die Ukraine bereitzustellen.

Finnland unterstützt weiterhin die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Die Hauptaufgaben der SMM bestehen darin, die Lage in der Ukraine unparteiisch und objektiv zu beobachten und ebenso darüber zu berichten sowie den Dialog zwischen allen an der Krise Beteiligten zu erleichtern. Das ist heute wichtiger denn je.

Finnland appelliert an alle OSZE-Teilnehmerstaaten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die erforderlichen Voraussetzungen zu gewährleisten, damit die Mission ihre überaus wichtige Arbeit vor Ort fortsetzen kann.

Herr Vorsitzender,

wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, die Erörterungen in der OSZE über die europäische Sicherheit fortzusetzen. Der erneuerte europäische Sicherheitsdialog bietet eine geeignete Plattform dafür. Die Lage erfordert Gewaltverzicht und eine Intensivierung der diplomatischen Bemühungen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LETTLANDS

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung des Vertreters der Europäischen Union im Namen der EU-Mitgliedstaaten an.

Wir verurteilen aufs Schärfste Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine, welche 2014 mit einer unrechtmäßigen Veränderung von Grenzen in Europa begann.

Die Entscheidung, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängig anzuerkennen, ist inakzeptabel und stellt einen Angriff auf die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine dar. Wir lehnen dieses rechtswidrige Vorgehen des Kremls ab.

Diese Entscheidung ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum. Außerdem werden die Minsker Vereinbarungen, denen Russland beigetreten ist, verletzt und außer Kraft gesetzt.

Sie wird den russisch-ukrainischen Konflikt erheblich verschärfen und seine Beilegung untergraben, so auch den Verhandlungsprozess im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe.

Diese Entscheidung schafft einen Vorwand für eine weitere militärische Invasion unter dem Deckmantel der „Friedenssicherung“. Wir kennen diese als „Friedenstruppen“ bezeichneten russischen Invasionstruppen bereits aus der Erfahrung im Zusammenhang mit Moldau, Georgien und der Annexion der Krim.

Wir fordern Russland als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Verursacher dieses Konflikts eindringlich auf, das Völkerrecht einzuhalten, seinen Zusagen nachzukommen und diese rechtswidrige Entscheidung rückgängig zu machen.

Wir fordern Russland auf, seine Aggression gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen und die russischen Streitkräfte wieder an ihre ständigen Friedensstandorte zu verlegen.

Wir werden Einflussphären, wie Russland sie wünscht, nicht akzeptieren. Die internationale Gemeinschaft reagiert mit Bestürzung. Es wird ernsthafte Konsequenzen geben, darunter drastische Wirtschaftssanktionen und Sanktionen gegen diejenigen, die an der gestrigen Entscheidungsfindung beteiligt waren.

Trotz der Opfer unter ihrer Bevölkerung hat die Ukraine bisher ein hohes Maß an Zurückhaltung bewiesen und die Fähigkeit besessen, auf die inszenierten Provokationen Russlands nicht einzugehen. Wir zollen der Ukraine für ihr Eintreten für eine friedliche Lösung unsere Hochachtung.

Russland hingegen hat nicht einmal versucht, auch nicht im Rahmen der OSZE, Erklärungen für seine laufende, ungewöhnlich groß angelegte militärische Aufrüstung an den Grenzen zur Ukraine und in der besetzten und rechtswidrig annektierten Autonomen Republik Krim sowie in Belarus zu liefern.

Im Lichte der derzeitigen Eskalation fordern wir eine umgehende Verlängerung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine. Die Fähigkeit, die Lage vor Ort zu beobachten und darüber zu berichten, ist wichtiger denn je.

Wir unterstützen voll und ganz die Bemühungen des OSZE-Vorsitzes und der OSZE-Generalsekretärin, alle diplomatischen Mittel zur Deeskalation des Konflikts einzusetzen.

Abschließend möchten wir unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ESTLANDS

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke dem OSZE-Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung zu diesem kritischen Zeitpunkt und dafür, dass er dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchten jedoch noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Wir werden derzeit Zeugen einer weiteren Aggression Russlands gegen die Ukraine. Die Entscheidung Russlands, die separatistischen Regionen in der Ostukraine als unabhängige Staaten anzuerkennen, ist eine eklatante Verletzung der OSZE-Prinzipien und des Völkerrechts. Sie ist auch ein eindeutiger Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen und kommt einer einseitigen Aufkündigung der Vereinbarungen gleich. Wir verurteilen die Entscheidungen Moskaus aufs Allerschärfste und fordern die Russische Föderation auf, diese rechtswidrigen Maßnahmen zu revidieren und zur Diplomatie zurückzukehren.

Diesem erneuten Akt der Aggression ging ein Aufwuchs russischer Truppen an den Grenzen der Ukraine, auf der Krim und in Belarus, die Androhung militärischer Gewalt sowie eine massive Desinformationskampagne voraus, bei der andere beschuldigt und einfach Lügen verbreitet wurden. Russland hat keinerlei Erklärungen für seine Aktivitäten geliefert und sich an keinerlei vertrauensbildenden Mechanismen der OSZE, insbesondere nach dem Wiener Dokument, beteiligt. Darüber hinaus hat Russland nicht einmal an den Sitzungen teilgenommen.

Wir sehen bereits eine überwältigende Verurteilung dieses Vorgehens durch die internationale Staatengemeinschaft, auf die eine klare Antwort folgen wird, darunter die Einführung weiterer einschränkender Maßnahmen.

Die Sicherheit der Ukraine ist die Sicherheit Europas. Estland wird die Ukraine weiter unterstützen, auch durch zusätzliche Beiträge für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Wir halten unverbrüchlich an unserer Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine fest.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal dieser Sitzung.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ITALIENS

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Die Ereignisse der letzten Stunden sind gravierend und besorgniserregend. Italien verurteilt unumwunden die Entscheidung der russischen Staatsorgane, die sogenannten separatistischen Republiken Luhansk und Donezk anzuerkennen.

Sie stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar. Sie widerspricht den Grundprinzipien, auf denen die OSZE selbst beruht. Sie ist eine einseitige Entscheidung, die die Aussicht auf eine diplomatische Lösung erschwert und vom politischen Weg des Dialogs im Normandie-Format und der Trilateralen Kontaktgruppe abweicht. Sie verletzt die Minsker Vereinbarungen.

Wir bringen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine zum Ausdruck, deren Arbeit von zentraler Bedeutung ist. Wir wissen den Beitrag unserer Beobachterinnen und Beobachter enorm zu schätzen, die vor Ort bleiben, um sicherzustellen, dass die Mission ihre Tätigkeit fortführen und ihr Mandat erfüllen kann. Der Schutz und die Sicherheit der Mitglieder der Mission müssen gewährleistet werden.

In seiner Eigenschaft als Vorsitz des Europarats, einer der internationalen Organisationen, die auf Vertrauen, Zusammenarbeit und der Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte beruhen, hat Italien mit einer Erklärung eindringlich dazu aufgerufen, nach diplomatischen Lösungen zu suchen.

Italien erklärt erneut seine unverbrüchliche Unterstützung für die volle Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Italien bekräftigt in diesen schwierigen Stunden seine volle Solidarität mit dem ukrainischen Volk und wird seine Bemühungen um eine intensiviertere Suche nach einer friedlichen Lösung im Rahmen der bestehenden Verhandlungsforen fortsetzen. Es ist nie zu spät für die Diplomatie, es ist nie zu spät für den Frieden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beifügen zu lassen.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK**

Die Tschechische Republik schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. Lassen Sie mich im Namen meines Landes Folgendes betonen:

Wir verurteilen die von Russland in den letzten Tagen und Stunden unternommenen Schritte auf das Allerschärfste.

Wir werden einmal mehr Zeugen einer eklatanten Missachtung der regelbasierten Ordnung und einer eklatanten Verletzung aller grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen von Seiten Russlands.

Russland hat den Weg der Aggression gegen seinen Nachbarn gewählt und macht unverfroren alle diplomatischen Anstrengungen und Verhandlungsbemühungen zunichte.

Wir fordern Russland eindringlich auf, seine rechtswidrigen Handlungen rückgängig zu machen, unverzüglich seine Streitkräfte aus dem souveränen Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und die widerrechtlichen einseitigen Maßnahmen gegenüber den Regionen Donezk und Luhansk, die fester Bestandteil der Ukraine sind, aufzuheben.

Zu dem konkreten Thema der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) möchte ich Folgendes erklären:

- Wir bekennen uns weiterhin zur Rolle der SMM; sie ist ein wesentliches Element der internationalen Präsenz vor Ort.
- Wir sprechen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM, die unter äußerst schwierigen Bedingungen arbeiten, unsere höchste Anerkennung aus.
- Es liegt im Interesse aller OSZE-Teilnehmerstaaten, die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der SMM zu gewährleisten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann. Wir fordern Russland auf, die Arbeit der SMM zu erleichtern.
- Die Sicherheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM muss oberste Priorität haben.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION NORWEGENS

Herr Vorsitzender,

Norwegen verurteilt die Entscheidung des russischen Präsidenten, die selbsternannte „Volksrepublik Donezk“ und die selbsternannte „Volksrepublik Luhansk“ in der Ostukraine als unabhängige Staaten anzuerkennen, aufs Schärfste.

Sie ist eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts und grundlegender OSZE-Prinzipien sowie der Minsker Vereinbarungen, nach denen Russland die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete in der Ostukraine als Teil der Ukraine anerkennt.

Norwegen fordert Russland als Konfliktpartei eindringlich dazu auf, seine Verpflichtungen zu erfüllen, das Völkerrecht einzuhalten und auf den Weg der Diplomatie zurückzukehren. Wie alle OSZE-Teilnehmerstaaten ist Russland Verpflichtungen eingegangen, die Souveränität und territoriale Integrität anderer Teilnehmerstaaten zu achten.

Norwegen verurteilt die Entscheidung Russlands, Streitkräfte in die Ostukraine zu entsenden. Sie ist ungerechtfertigt und unverantwortlich, denn dadurch werden die Spannungen noch weiter verschärft. Norwegen fordert Russland eindringlich auf, die Lage durch einen Abzug seiner Streitkräfte aus der Ukraine und aus den grenznahen Gebieten zu deeskalieren.

Norwegen fordert Russland auf, strikt im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu handeln.

Abschließend möchte ich Norwegens uneingeschränkte Unterstützung für die Bemühungen der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) bekräftigen. In der derzeitigen Lage ist es essenziell, objektive und unparteiische Informationen über die Entwicklungen vor Ort zu erhalten. Norwegen fordert alle Parteien auf, den freien, sicheren und ungehinderten Zugang der SMM in der gesamten Ukraine zu gewährleisten.

Norwegen erklärt erneut seine unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION UNGARNS

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union (EU) an; ich möchte jedoch einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen und dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung danken.

Ungarn bekräftigt seine unerschütterliche und grundsätzliche Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die sich destabilisierende Sicherheitslage in der und um die Ukraine zum Ausdruck und fordern eindringlich zur Deeskalation auf.

Wir betonen, wie wichtig die vollständige Einhaltung des Völkerrechts und internationaler Vereinbarungen sowie grundlegender Prinzipien ist, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris und dem Budapester Memorandum verankert sind.

Trotz der derzeitigen Lage und der dramatischen Eskalation der Spannungen sind wir nach wie vor überzeugt, dass die Diplomatie noch eine Chance bekommen muss und wir in unseren Bemühungen um einen Dialog nicht aufgeben dürfen.

Als mitteleuropäisches Land hat Ungarn ein echtes Interesse am Dialog zwischen Ost und West. Unsere Region hat immer unter den Folgen der Konflikte zwischen den beiden Seiten gelitten. Wir haben die Erfahrungen des Kalten Krieges nicht vergessen, und ein Rückfall in diese Zeiten muss vermieden werden. Es gibt keine Alternative zu Dialog und Diplomatie.

Wir betonen die Bedeutung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, und ich bringe unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Mission zum Ausdruck.

Wir unterstützen die polnische Initiative zum erneuerten Dialog über die europäische Sicherheit.

Ungarn wird sich weiterhin eng mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten abstimmen, um über die nächsten Schritte der EU Einigkeit und Geschlossenheit herzustellen.

Abschließend ersuche ich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MALTAS

Wir danken dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser erweiterten Sitzung des Ständigen Rates, an der auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Hauptstädten teilnehmen.

Herr Vorsitzender,

Malta schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch einige kurze Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Wir verurteilen die Entscheidung der Russischen Föderation, die Unabhängigkeit der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete von Donezk und Luhansk offiziell anzuerkennen, mit der sie die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt und gegen die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie die Minsker Vereinbarungen verstößt.

Darüber hinaus sind wir auch beunruhigt über die zunehmenden Verstöße gegen die Waffenruhe und den berichteten zunehmenden Artilleriebeschuss an der Kontaktlinie, der eine Reihe von Opfern forderte.

Wir bringen unsere entschlossene Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und ihr souveränes Recht, den Weg ihrer Außen- und Sicherheitspolitik selbst zu wählen, zum Ausdruck.

Wir unterstützen mit aller Entschiedenheit die Bemühungen der OSZE, insbesondere über die Trilaterale Kontaktgruppe, alle Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen. Darüber hinaus unterstützt Malta vorbehaltlos die Arbeit der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, insbesondere ihre unparteiische Beobachtung der Lage im Land und ihre Rolle bei der Erleichterung des Dialogs zwischen allen Konfliktparteien. Wir wiederholen, wie wichtig es ist, die Rolle der Mission zu schützen, damit sie ihre Aufgaben ungehindert erfüllen kann.

Es ist nie zu spät für Diplomatie. Diplomatie und Dialog müssen die Oberhand gewinnen und sollten von beiden Seiten verfolgt werden. Sollte die Rückkehr zum Dialog

nicht gelingen, wird dies den Grundlagen der OSZE selbst, auf die wir uns als Teilnehmerstaaten im Jahr 1975 alle geeinigt haben, Schaden zufügen.

Abschließend plädiert Malta erneut für eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ostukraine im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen, wie sie vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 2202 (2015) gebilligt wurden, und fordert alle Parteien auf, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, das Völkerrecht einzuhalten und zu den Erörterungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zurückzukehren.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ZYPERNS

Herr Vorsitzender,

ich möchte dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung danken.

Die Republik Zypern schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. Als Vertreterin meines Landes möchte ich noch einige kurze Anmerkungen hinzufügen.

Im Lichte der Entwicklungen in der Ukraine bekräftigt die Republik Zypern erneut ihre Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Handlungen, die die territoriale Integrität der Ukraine untergraben, widersprechen den Grundprinzipien des Völkerrechts und verletzen die Minsker Vereinbarungen, die der einzige Weg zur Lösung dieser Krise sind.

Die Republik Zypern wiederholt ihre Ablehnung jeglicher Abspaltung, Anerkennung oder Unterstützung von Abspaltung und jede Form der Annexion.

Ich möchte darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Danke, Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. Erlauben Sie mir jedoch, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Wir sind äußerst besorgt angesichts der jüngsten Entwicklungen in der und um die Ukraine.

Dänemark verurteilt aufs Schärfste Russlands Entscheidung, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängige Entitäten anzuerkennen, und die darauf folgende Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden.

Durch dieses rechtswidrige Vorgehen verletzt Russland ein weiteres Mal die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und verstößt dabei eklatant sowohl gegen die Charta der Vereinten Nationen als auch OSZE-Verpflichtungen, einschließlich gegen die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris.

Mit dieser Entscheidung verletzt Russland auch eindeutig seine Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen, die die vollständige Rückkehr dieser Gebiete unter die Kontrolle der ukrainischen Regierung vorsehen.

Wir fordern Russland als Konfliktpartei auf, die Anerkennung rückgängig zu machen, eine Deeskalation herbeizuführen, das Völkerrecht einzuhalten, zu den Gesprächen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe zurückzukehren und unter Nutzung des gesamten OSZE-Instrumentariums und der Bemühungen des Vorsitzes, diplomatische Lösungen anzustreben, anstatt militärische Mittel einzusetzen und einseitig vorzugehen.

Abschließend möchte ich die unerschütterliche Unterstützung und das entschiedene Eintreten Dänemarks für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, welche die rechtswidrig annektierte Halbinsel Krim einschließt, bekräftigen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Einberufung dieser Sitzung.

Die Entscheidung der Russischen Föderation, die sogenannten Republiken Donezk und Lugansk anzuerkennen, steht nicht nur im Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen, sondern stellt auch eine eindeutige Verletzung der politischen Einheit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine dar.

Die Entscheidung der Russischen Föderation ist nicht hinnehmbar und wir weisen sie zurück.

Wir wiederholen einmal mehr unser Bekenntnis zur Wahrung der Souveränität, politischen Einheit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und legen allen betroffenen Parteien nahe, mit gesundem Menschenverstand vorzugehen und das Völkerrecht einzuhalten.

Wir befinden uns in einer so kritischen Phase, dass jeder Schritt mit äußerster Vorsicht gesetzt werden sollte.

Der Weg aus dieser Krise sollte über die Diplomatie führen. Unser Land wird sich weiterhin an allen diplomatischen Bemühungen beteiligen und dabei einen konstruktiven Beitrag leisten. Wir werden auch unsere bilateralen Gespräche fortsetzen und mit allen maßgeblichen Seiten auf allen Ebenen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Kontakt bleiben.

Ich möchte auch unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) betonen, die unparteiisch und transparent tätig ist. Besonders in diesen Tagen ist – unter den gegebenen Umständen – die Anwesenheit der SMM in der Ukraine im Sinne einer objektiven Berichterstattung über die Tatsachen vor Ort von entscheidender Bedeutung.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS**

Herr Vorsitzender,

Belgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an; ich möchte aber als Vertreter meines Landes eine kurze Anmerkung hinzufügen.

In den letzten Wochen hat Russland, insbesondere in dem Schreiben von Außenminister Sergej Lawrow, das vor 15 Tagen vielen Staaten übermittelt wurde, auf das Prinzip der Unverletzlichkeit der europäischen Sicherheit Bezug genommen und dabei die Europäischen Sicherheitscharta von Istanbul zitiert. Russland bestand darauf, dass gemäß diesen Prinzipien kein Staat Beschlüsse oder Maßnahmen auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten verabschieden könne.

Mit der Anerkennung der ukrainischen separatistischen Gebiete hat Russland gerade Folgendes getan: Es hat durch eine einseitige Entscheidung all die Prinzipien, von denen Minister Lawrow und Russland seit Wochen sprechen, verhöhnt und greift nun die territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine und die Minsker Vereinbarungen direkt an. Russland verstößt damit gegen den gesamten Acquis der OSZE und verletzt das Völkerrecht.

Selbstverständlich unterstützen wir voll und ganz die territoriale Souveränität der Ukraine und die Arbeit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine. Die unparteiische Beobachtung der Tatsachen muss weiterhin möglich sein. Dies ist unabdingbar, um weiterhin die Entwicklungen im Donbass gut informiert einschätzen zu können.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen. Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LUXEMBURGS

Herr Vorsitzender,

Luxemburg schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an und möchte im Hinblick auf den Ernst der Lage einige Worte in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Luxemburg verurteilt die Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation, die separatistischen Regionen von Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anzuerkennen.

Diese Anerkennung ist eine eklatante Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine, des Völkerrechts und der Minsker Vereinbarungen. Sie untergräbt alle bisherigen diplomatischen Bemühungen.

Luxemburg fordert Russland auf, seine Entscheidung zu widerrufen, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass eine Rückkehr zur Diplomatie erreicht werden kann.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der Sitzung.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER NIEDERLANDE

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die kurzfristige Einberufung dieser Sitzung. Die Niederlande schließen sich der Erklärung der Europäischen Union (EU) vollumfänglich an, wobei aus Sicht unseres Landes noch Folgendes anzumerken wäre: Die Anerkennung der separatistischen Gebiete der Ukraine ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, der OSZE-Prinzipien und der Minsker Vereinbarungen. Die Niederlande verurteilen dieses aggressive Vorgehen aufs Schärfste und werden in enger Abstimmung mit ihren EU- und NATO-Partnern entschlossen darauf reagieren. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für dieses hinterhältige Vorgehen. Die Niederlande schließen sich den Forderungen nach einem unverzüglichen und vollständigen Abzug aller russischen Kräfte aus diesen Gebieten an.

Herr Vorsitzender,

während wir hier in Wien zusammenkommen, erreichen uns Berichte über eine eben zu Ende gegangene Dringlichkeitsdebatte im Föderationsrat der Russischen Föderation, auf der ein Ersuchen von Präsident Putin, russische Streitkräfte im Ausland einzusetzen, gebilligt wurde. Diese Berichte verstärken unsere tiefe Besorgnis nur noch weiter. Vielleicht könnte unser russischer Kollege uns diesbezüglich informieren.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION IRLANDS**

Herr Vorsitzender,

Irland schließt sich der Erklärung des Vertreters der Europäischen Union, Generalsekretär Sannino, an; ich möchte jedoch einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzufügen.

Die Entscheidung der Russischen Föderation, die Unabhängigkeit der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine anzuerkennen, stellt eine Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine dar; sie ist unvereinbar mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und wir verurteilen sie. Wie schon im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Montag weisen wir erneut darauf hin, dass die Russische Föderation nun bereits zum zweiten Mal in weniger als zehn Jahren in einem eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine verletzt hat.

Irland ist und war seit jeher überzeugter Befürworter des Multilateralismus. Als Teilnehmerstaaten ist es unsere Verantwortung, an der Konfliktlösung zu arbeiten und nicht ein weiteres Kapitel des Schreckens aufzuschlagen, das die Ukraine und ihre Menschen weiterem Leid aussetzen wird.

Irland glaubt an die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und bekennt sich uneingeschränkt zu ihnen. Wir sind diese Verpflichtungen freiwillig eingegangen und sind einander für ihre Umsetzung Rechenschaft schuldig.

Wie jeder andere souveräne und unabhängige Staat hat die Ukraine das gleiche fundamentale Recht, über ihre Außenpolitik selbst zu entscheiden und die Sicherheit und Verteidigung ihres eigenen Hoheitsgebiets sicherzustellen. Irland bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine.

Irland unterstreicht sein Bekenntnis zu den Kernprinzipien, auf denen die europäische Sicherheit gründet, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und den Gründungsdokumenten der OSZE, darunter die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris, verankert sind. Dazu gehören insbesondere die souveräne Gleichheit und territoriale Integrität

der Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt und das Recht der Staaten, ihre eigenen Sicherheitsvereinbarungen zu wählen oder zu verändern. Wir bekräftigen, dass diese Prinzipien weder verhandelbar sind, noch verändert oder neu ausgelegt werden können.

Die Verletzung jedes einzelnen dieser Prinzipien durch Russland stellt ein Hindernis für einen gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraum in Europa dar. Sie bedroht Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent. Wir fordern Russland eindringlich auf, die drohende Tragödie zu verhindern und zum Dialog und zur Diplomatie zurückzukehren.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Danke.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GRIECHENLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender,

zusätzlich zu der von der Europäischen Union abgegebenen Erklärung, die wir vollinhaltlich unterstützen, möchte ich im Namen Griechenlands vier wichtige Punkte hervorheben, die unseren Standpunkt verdeutlichen.

Wir verurteilen den Völkerrechtsverstoß: Die Entscheidung Russlands, die separatistischen Regionen von Donezk und Luhansk anzuerkennen, stellt einen eklatanten Verstoß gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts, unsere OSZE-Verpflichtungen und die Minsker Vereinbarungen dar. Griechenland wird sich stets für die Achtung der Prinzipien der territorialen Integrität, der Souveränität und der Unabhängigkeit aller Staaten einsetzen, wie sie völkerrechtlich eindeutig definiert sind, und alle Entscheidungen, die ihnen zuwiderhandeln, verurteilen.

Wir sind zutiefst besorgt über die Sicherheitslage, die uns unmittelbar betrifft, denn unter anderem lebt in der Region seit Langem eine 100 000 Menschen zählende griechische Gemeinschaft. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Region zu schützen und ihren dringenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen, ist äußerst wichtig. In Anbetracht dieser Herausforderungen hat Griechenland die schwierige Entscheidung getroffen, sein Personal im griechischen Generalkonsulat in Mariupol, nur einige wenige Kilometer von der Kontaktlinie entfernt, zu verstärken. Es hat auch beschlossen, die griechische Botschaft in Kiew zu belassen – als ein Zeichen seiner unerschütterlichen Unterstützung für die Souveränität der Ukraine. Gleichzeitig fordern wir alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien auf, jedwede militärischen Aktionen, dies zu Blutvergießen führen könnten, zu unterlassen.

Wir rufen zur Deeskalation und zum Dialog auf: Wir fordern alle Parteien nachdrücklich auf, parallel zur Deeskalation dem Dialog eine echte Chance zu geben. Griechenland betrachtet die Diplomatie als einzige Möglichkeit, eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu erreichen. Wenn alle Seiten durch Taten bewiesen, dass ihnen das bewusst ist, hätten wir den ersten wesentlichen Schritt getan.

Wir sollten alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen: In erster Linie das Normandie-Format und die Trilaterale Kontaktgruppe. Wir sollten auch die im Rahmen der

OSZE bereitstehenden Instrumente, Verfahren und Mechanismen, darunter den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog der OSZE, voll ausschöpfen. Schließlich sollten wir – und zwar wir alle – der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), die gerade jetzt eine Schlüsselrolle bei den Deeskalationsbemühungen spielen kann, unsere ausdrückliche Unterstützung versichern. Griechenland hat seit jeher das reibungslose Funktionieren der Mission unterstützt, und somit nehmen die griechischen Beobachterinnen und Beobachter weiterhin ihre Aufgaben wahr.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1357
22 February 2022
Annex 39

GERMAN
Original: ENGLISH

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION PORTUGALS

Herr Vorsitzender,

Danke, dass Sie mir das Wort erteilt haben. Ich werde mich sehr kurz halten, denn ich möchte nur einige Bemerkungen in Ergänzung der Erklärung der Europäischen Union hinzufügen, der wir uns natürlich vollumfänglich anschließen.

Die Erosion des Vertrauens, die Nichteinhaltung grundlegender Prinzipien und anhaltende Konflikte haben bedauerlicherweise zu einer Verschlechterung der europäischen Sicherheitsarchitektur geführt.

Wir verurteilen aufs Schärfste die Entscheidung der Russischen Föderation, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängige Entitäten anzuerkennen, und die darauf folgende Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden. Diese Entscheidung verletzt die Minsker Vereinbarungen und gemeinsam vereinbarte Grundsätze. Wir bringen unsere uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck und unterstützen ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität.

Herr Vorsitzender,

die OSZE wurde geschaffen, um Konflikte zu verhüten und Frieden und Stabilität zu gewährleisten. Wir verfügen hier über eine Plattform und Instrumente, um uns mit Krisensituationen und Sicherheitsbesorgnissen zu befassen. Die einzige, wesentliche Komponente, die fehlt, ist der politische Wille. Wir hoffen, dass die von der OSZE gebotene Gelegenheit zum Dialog entsprechend genutzt wird.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SLOWAKEI

Herr Vorsitzender,

die Slowakei schließt sich der Erklärung des Vertreters der Europäischen Union an.

Vor zwei Wochen haben wir in diesem Saal die Initiative des OSZE-Vorsitzes für den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog erörtert und unterstützt. Wir haben unsere feste Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die OSZE das richtige Forum ist, um die Sicherheitsbesorgnisse aller Teilnehmerstaaten im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien, die in den Schlüsseldokumenten der OSZE verankert sind, zu erörtern.

Bedauerlicherweise kommen wir heute zusammen, um auf das Vorgehen Russlands zu reagieren. Wir verurteilen aufs Schärfste die Entscheidung von Präsident Putin, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängige Entitäten anzuerkennen, und die darauf folgende Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden. Es ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und internationale Übereinkommen, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum.

Die Entscheidung Russlands ist ein weiterer Schritt der Missachtung der Minsker Vereinbarungen, die Russland fortwährend verletzt.

Die Slowakei erklärt erneut ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir betonen auch die Bedeutung der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und der Arbeit ihrer mutigen Beobachterinnen und Beobachter, insbesondere in dieser Zeitenwende. Es ist äußerst wichtig, dass die Mission ihre Arbeit im Einklang mit dem bestehenden Mandat fortsetzt.

Sehr verehrte Damen und Herren,

ich möchte uns in Erinnerung rufen, dass Diplomatie und Dialog der richtige Weg sind, um die Sicherheitslage zu verbessern und Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu bewahren. Lassen Sie uns an den Verhandlungstisch zurückkehren. Danke für Ihre

Aufmerksamkeit. Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1357
22 February 2022
Annex 41

GERMAN
Original: SPANISH

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SPANIENS

Danke, Herr Vorsitzender.

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an.

Als Vertreter meines Landes möchte ich jedoch Folgendes hinzufügen. Ich werde mich kurz halten.

Russlands Anerkennung der Separatistengebiete in der Ostukraine ist eine eklatante Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine, der Minsker Vereinbarungen und des Völkerrechts.

Spanien wird darauf in enger Abstimmung mit seinen Partnern reagieren.

Jetzt stehen der Frieden in Europa und eine Ordnung, die auf der Achtung der territorialen Integrität beruht, auf dem Spiel. Spanien wird sich weiterhin für diese Ziele einsetzen.

Die OSZE wurde geschaffen, um Konflikte zu verhüten und Frieden und Stabilität in Europa zu gewährleisten. Wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für den Dialog nutzen. Die Diplomatie ist der einzig mögliche Ausweg. Wir richten einen nachdrücklichen Appell an Russland, diesen Weg einzuschlagen.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

am 21. Februar 2022 unterzeichnete der Präsident Russlands Dekrete über die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk. Beide Kammern der Föderationsversammlung der Russischen Föderation haben heute Verträge mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung ratifiziert. Dies war eine alles andere als einfache Entscheidung, aber wir waren dazu gezwungen. In erster Linie wurde sie von humanitären Erwägungen diktiert, von dem Bestreben, die Zivilbevölkerung vor der fortgesetzten bewaffneten Gewalt im Donbass durch die derzeitigen ukrainischen Behörden zu schützen. Die Entscheidung wurde unter Berücksichtigung der freien Willensäußerung der Bewohnerinnen und Bewohner des Donbass getroffen, die in einem offiziellen Appell ihrer Vertreterinnen und Vertreter abgegeben wurde, auf Grundlage der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Deklaration über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen von 1970, der Schlussakte von Helsinki der KSZE von 1975 und anderer grundlegender Instrumente, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Verpflichtung anderer Staaten, dieses Recht zu achten, festschreiben.

Erst gestern, auf der Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE, haben wir die Berichte des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG), Mikko Kinnunen, und des Leitenden Beobachters der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, Yaşar Halit Çevik, gehört. Sie „schlugen Alarm“ angesichts der sich massiv verschlechternden Lage an der Kontaktlinie und des zunehmenden Beschusses ziviler Objekte. Y. H. Çevik berichtete über neue Fälle von Opfern und Zerstörung, mit denen sich die Mission noch gar nicht befassen konnte.

Seit Beginn der ukrainischen Krise hat Russland stetige Bemühungen zu ihrer Lösung mit friedlichen und diplomatischen Mitteln unternommen. Vertreterinnen und Vertreter Russlands haben den internen ukrainischen Dialog in der TKG erleichtert und an einer Beilegung im Normandie-Format gearbeitet.

Ich möchte an unsere Diskussionen in diesem Raum in den letzten fünf Jahren erinnern. Niemand außer uns und unseren Verbündeten hat von der Notwendigkeit der strikten Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets gesprochen. Ganz im Gegenteil plädierten die Vertreterinnen und Vertreter des derzeitigen Regimes in Kiew und ihre ausländischen Hintermänner lautstark für etwas ganz anderes: die Herstellung der Kontrolle über die Grenze und die Unterdrückung abweichender Meinungen im Donbass, ohne dessen Bevölkerung jedwede politische Garantien oder einen Sonderstatus zu gewähren, wie vom Minsker Maßnahmenpaket vorgesehen. Anstatt mit seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit politischen Mitteln eine Einigung herbeizuführen, führte das Regime eine Strafoperation gegen sie durch, die im Prinzip einem Bürgerkrieg gleichkommt. Die ukrainischen Behörden haben – nicht zuletzt auf höchster politischer Ebene – öffentlich erklärt, dass „dem Donbass kein Sonderstatus gewährt werden wird“, dass „es keinen direkten Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern der Volksrepubliken Donezk und Luhansk geben wird“, und dass die Minsker Vereinbarungen angeblich „nicht umsetzbar“ seien. Sie erinnern sich doch heute daran, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Parallel dazu hat das ukrainische Militär weiterhin eine bewaffnete Gruppe an der Kontaktlinie konzentriert – ausländische Angriffswaffen, so genannte Ausbilderinnen und Ausbilder aus NATO-Ländern und Ausrüstung sind dort aufgetaucht. Ein Szenario, das die Anwendung von Gewalt beinhaltete, wurde vorbereitet. Obschon nach Absatz 10 des Maßnahmenpakets verboten, blieben auch die paramilitärischen Verbände ukrainischer Nationalisten dort. Wir haben wiederholt Erklärungen der Anführer von Gruppen des Rechten Sektors zitiert, laut denen für die ukrainischen Nationalisten Waffenruhen nicht verbindlich sind. Darüber hinaus haben sie öffentlich erklärt, dass „der Donbass ukrainisch oder entvölkert sein wird“ und unter der Parole „Tod den Moskals [Moskauern]“ auf Einwohnerinnen und Einwohner des Donbass, deren Muttersprache Russisch ist, geschossen. Die Bevölkerung der Region war mit der Bedrohung, physisch vernichtet zu werden, konfrontiert. Es ist mehr als deutlich geworden, dass der Donbass für die Post-Maidan-Regierung der Ukraine in erster Linie ein Gebiet ist, und nicht die Bevölkerung, die dort lebt. Nun verlassen diese Menschen ihre Häuser und fliehen nach Russland – nicht nur in die südlichen, sondern auch die zentralen Regionen. Uns zu beschuldigen, diese Eskalation inszeniert zu haben, ist ungeheuerlich. Haben Sie einmal an die Menschen gedacht?

Unsere westlichen Partner haben all dies nicht gesehen, beziehungsweise sie geben vor, es nicht bemerkt zu haben. Nicht einmal haben sie auch nur ein Wort darüber verloren, dass die ukrainische Regierung die Region unverzüglich und bedingungslos aus ihrem Würgegriff entlassen sollte, beispielsweise durch die Aufhebung der sozioökonomischen Blockade. Stattdessen haben sich einige NATO-Länder darauf verlegt, die Ukraine in beispielloser Weise demonstrativ mit tödlichen Waffen vollzupumpen und damit praktisch grünes Licht für die weitere Ermordung von Zivilpersonen und die Zerstörung von zivilen Objekten geben.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

seien Sie so ehrlich zuzugeben, dass trotz der Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, trotz der Unterstützung des Normandie-Formats, trotz der für diesen Zweck in der TKG geschaffenen Mechanismen die ukrainische Regierung sieben Jahre lang konsequent darauf hingearbeitet hat, dass das Maßnahmenpaket niemals umgesetzt wird. Andernfalls wären bereits 2015 die entsprechenden Änderungen der ukrainischen Verfassung

vorgenommen worden, Donezk und Luhansk wären Teil der Ukraine mit einem Sonderstatus geworden und der ukrainische Staat hätte die Kontrolle über die Grenze ausgeübt. Es wären bereits mehrmals Wahlen in diesen Regionen abgehalten worden (möglicherweise unter Beobachtung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte). All das sind nicht die Verpflichtungen Russlands, sondern Ziele, deren Verwirklichung wir volle sieben Jahre lang der ukrainischen Regierung nicht abringen konnten.

Ich wiederhole, dass die ukrainische Regierung seit dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Maßnahmenpakets nicht die Absicht hatte, es umzusetzen, und später die in Minsk erreichten Vereinbarungen sogar offen für null und nichtig erklärte. Von Seiten der offiziellen Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine war stets kriegstreiberische Rhetorik zu vernehmen und sie erklärten öffentlich, sich zu weigern, in einen direkten Dialog mit den Behörden im Donbass einzutreten, und die Absicht zu haben, die Krise mit militärischen Mitteln zu lösen. Tatsächlich zog sich die ukrainische Regierung nicht einfach vor langer Zeit aus den Minsker Vereinbarungen zurück, vielmehr ist sie sie niemals eingegangen und ihre Unterzeichnung war lediglich eine reine Formsache.

Wir haben diese Verhaltensweise bereits von den westlichen Partnern der ukrainischen Regierung gesehen – alle möglichen Versicherungen und Versprechen werden abgegeben, sogar konkrete Verpflichtungen werden unterzeichnet, ohne die Absicht, sie einzuhalten. So funktioniert das nicht.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1357. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1357, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS
(AUCH IM NAMEN FRANKREICHS)**

Frankreich und Deutschland möchten kurz zu diesem unter „Aktuelle Fragen“ von Russland eingebrachten Tagesordnungspunkt das Wort ergreifen. Wie heute von allen Rednerinnen und Redner wiederholt wurde, muss Folgendes klar sein: Es ist Russland, das das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verletzt und die im Rahmen der OSZE und der Minsker Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält.

Die heutige Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation, die selbst-ernannten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine anzuerkennen, stellt einen grundlegenden Verstoß gegen das Völkerrecht und einen schweren Schlag für alle diplomatischen Bemühungen um eine friedliche und politische Lösung des Konflikts dar. Mehrere Jahre der Bemühungen im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe unter der Schirmherrschaft der OSZE wurden vorsätzlich ohne einen nachvollziehbaren Grund zunichtegemacht. Russland fügt seinem Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung massiven Schaden zu.

Die Anerkennung stellt eine weitere Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine dar, die wir auf das Allerschärfste verurteilen. Frankreich und Deutschland stehen der Ukraine weiterhin innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unerschütterlich zur Seite. Wir werden auf diesen Verstoß gegen das Völkerrecht reagieren. Zu diesem Zweck stimmen wir uns mit unseren Partnern ab.

Seit 2014 behauptet Russland, sich zur vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und zu den entsprechenden Verhandlungsformaten zu bekennen – dem Normandie-Format und der Trilateralen Kontaktgruppe unter der Vermittlung durch die OSZE. Russland hat sich in seiner Eigenschaft als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen auch durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verpflichtet. Durch die Entscheidung, die selbsternannten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine anzuerkennen, verletzt Russland all diese Verpflichtungen.

Wir fordern Russland auf, seine Entscheidung rückgängig zu machen und auf den Weg der diplomatischen und politischen Konfliktlösung auf der Grundlage der Minsker Vereinbarungen zurückzukehren.

Wir wiederholen unsere dringende Aufforderung an Russland, die militärische Bedrohung an der ukrainischen Grenze zu beseitigen. Wir warnen unmissverständlich vor einer weiteren militärischen Eskalation durch Russland.

Wir erinnern daran, dass sich die politischen Berater der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Quartetts im Januar in Paris und im Februar in Berlin getroffen haben. Sie haben schriftlich bestätigt, dass die Minsker Vereinbarungen die Grundlage der Arbeit des Normandie-Formats bilden, und sie haben erörtert, wie wichtig es ist, dass die Trilaterale Kontaktgruppe, der Russland als Mitglied angehört, ihre Bemühungen verstärkt, um rasche Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu erzielen. Dieser Standpunkt wurde vom russischen Präsidenten und seinem Außenminister wiederholte Male im Austausch sowohl mit unseren Staats- und Regierungschefs als auch mit den Außenministerinnen und Außenministern in der letzten Woche bekräftigt.

Als Vermittler in diesem Konflikt sehen wir keinerlei Rechtfertigung für den einseitigen Schritt Russlands. Insbesondere die Ukraine hat in den letzten Wochen konkrete Schritte unternommen, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu beschleunigen, und ihr Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung immer wieder betont. Im Gegensatz zu Russland ist die Ukraine der Einladung Deutschlands und Frankreichs, über eine nachhaltige und friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine zu verhandeln, immer nachgekommen.

Danke.

1357. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1357, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON BELARUS

Die Delegation von Belarus beehrt sich, dem Ständigen Rat die heutige Erklärung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Republik Belarus zur Kenntnis zu bringen:

„Belarus hat mehrfach auf die Gefahr des rücksichtslosen Verhaltens seitens der Führung und der Politikerinnen und Politiker einer Reihe von westlichen Ländern hingewiesen, die in den letzten Jahren zunehmend auf offenen Druck und unverhohlene Drohungen als Instrumente zur Lösung ihrer eigenen und internationaler Probleme gesetzt haben. Sie haben fast überall die Berücksichtigung der Interessen anderer Akteure in dem Prozess zugunsten von einseitigen restriktiven Maßnahmen, hybrider Einflussnahme und aggressiver Rhetorik zurückgestellt.

In unmittelbarer Folge dessen haben die Spannungen in der Region Osteuropa zugenommen, hat sich das über Jahrzehnte geschaffene internationale Sicherheitssystem verschlechtert, wurde die Autorität der wichtigsten Grundlagen für Frieden und Sicherheit wie der Vereinten Nationen und der OSZE in Misskredit gebracht und untergraben und wurden internationale Vertragswerke und Abkommen entwertet und die direkten Verpflichtungen daraus ausgesetzt. Die Garantien, die Belarus unter dem Budapester Memorandum vom Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika gewährt wurden und die nun mit Füßen getreten werden, sind ein gutes Beispiel dafür.

In Anbetracht dessen respektieren und verstehen wir die Entscheidung der russischen Seite, die Unabhängigkeit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk anzuerkennen.

Dieser Schritt Russlands hat nicht nur eine politische, sondern auch eine ernste menschliche und humanitäre Dimension, bedenkt man die Anzahl russischer Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Gebieten leben und nun schon seit fast acht Jahren Not leiden. Die Belarussinnen und Belarussen kennen die Schrecken des Krieges nur allzu gut und der Wunsch, mit anderen Völkern in Frieden und Harmonie zu leben, ist Teil unserer DNA.

Die Republik Belarus hat sich stets aktiv und konsequent für eine friedliche Lösung des Konflikts im Südosten der Ukraine eingesetzt. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass diplomatischen Methoden Vorrang eingeräumt werden sollte, und sind bereit, diesen Prozess in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen.

Wir begrüßen die Erklärungen der russischen Seite, für Diplomatie in diesem Zusammenhang offen zu sein. Unserer Ansicht nach sind Verhandlungen der einzige sichere Weg, ein Blutvergießen zwischen den slawischen Brudervölkern zu verhindern. Wir fordern alle Parteien auf, sich einer militärischen Eskalation und anderer Handlungen, die den Weg zum Frieden versperren, zu enthalten.

Wir erinnern an die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union für die Verschärfung der Lage in unserer Region. Es ist absolut notwendig, damit aufzuhören, Gewalt zu provozieren, die Ukraine und die baltischen Länder mit Truppen und Waffen vollzupumpen und rechtswidrige Sanktionen zu verhängen.

Bei seinem weiteren Vorgehen beabsichtigt Belarus, sich von den Prinzipien bei der Erfüllung internationaler Verpflichtungen nach Treu und Glauben durch alle Parteien und von seiner strategischen Allianz mit dem Bruderstaat Russland leiten zu lassen, und dabei die weitere Entwicklung der Lage zu berücksichtigen.“

Ich ersuche darum, den Text dieser Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.